

2003

Ausgegeben zu Bonn am 22. Mai 2003

Nr. 13

Tag	Inhalt	Seite
16. 5. 2003	Gesetz zu dem Vertrag vom 26. Juli 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Bau einer Grenzbrücke an der gemeinsamen Staatsgrenze in Anbindung an die Bundesstraße B 20 und die Staatsstraße I/26 GESTA: XJ001	466
6. 5. 2003	Zweite Verordnung zur Änderung rheinschiffahrtspolizeilicher Vorschriften FNA: 9503-22, 9502-16-3	473
6. 5. 2003	Verordnung zur Änderung der Anlage 1 des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (Vierte Verordnung zur Änderung des ATP-Übereinkommens)	484
7. 5. 2003	Verordnung zur Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 36 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung großer Fahrzeuge zur Personenbeförderung hinsichtlich ihrer allgemeinen Konstruktionsmerkmale (Verordnung zur Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 36)	487
19. 5. 2003	Verordnung zum Sitzstaatabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT)	488
21. 3. 2003	Bekanntmachung der deutsch-chilenischen Vereinbarung über den Status des Goethe-Instituts Inter Nationes in Santiago, Chile	496
15. 4. 2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls II in der Fassung von 1996 und des Protokolls IV zu dem VN-Waffenübereinkommen	497
15. 4. 2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt	498
15. 4. 2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Zusatzprotokolle zu den vier Genfer Rotkreuz-Abkommen über den Schutz der Opfer internationaler und nicht internationaler bewaffneter Konflikte – Protokolle I und II –	499
16. 4. 2003	Bekanntmachung des deutsch-albanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	500
16. 4. 2003	Bekanntmachung des deutsch-albanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	502
16. 4. 2003	Bekanntmachung des deutsch-albanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	503
17. 4. 2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit	505
17. 4. 2003	Bekanntmachung gemäß Artikel 49 Abs. 3 sowie über die Berichtigung des deutsch-schweizerischen Polizeivertrages	506
24. 4. 2003	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-slowenischen Abkommens über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung	507
2. 5. 2003	Bekanntmachung von Änderungen der Ausführungsordnung zum Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle	508
6. 5. 2003	Bekanntmachung des deutsch-mosambikanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	511

Der Anhang zur Verordnung zur Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 36 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

Gesetz
zu dem Vertrag vom 26. Juli 2001
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über den Bau einer Grenzbrücke an der gemeinsamen Staatsgrenze
in Anbindung an die Bundesstraße B 20 und die Staatsstraße I/26

Vom 16. Mai 2003

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Prag am 26. Juli 2001 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Bau einer Grenzbrücke an der gemeinsamen Staatsgrenze in Anbindung an die Bundesstraße B 20 und die Staatsstraße I/26 wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 16. Mai 2003

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Eichel

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Der Bundesminister des Innern
Schily

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über den Bau einer Grenzbrücke an der gemeinsamen Staatsgrenze
in Anbindung an die Bundesstraße B 20 und die Staatsstraße I/26

Smlouva
mezi Spolkovou republikou Německo
a Českou republikou
o výstavbě hraničního mostu na společných státních hranicích
s napojením na spolkovou silnici B 20 a státní silnici I/26

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Tschechische Republik –

Spolková republika Německo
a
Česká republika,

von dem Wunsch geleitet, den Übergang über die gemeinsame Grenze auf der Straße zu erleichtern,

vedeny přáním usnadnit překračování společných státních hranic po silnici,

in der Absicht, die Zollabfertigung zu verbessern und zu beschleunigen –

s úmyslem zlepšit a urychlit celní odbavování,

sind wie folgt übereingekommen:

se dohodly takto:

Artikel 1

Gegenstand des Vertrags

(1) An dem Grenzübergang in Anbindung an die Bundesstraße B 20 und die Staatsstraße I/26 wird im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik die bestehende Grenzbrücke durch den Bau einer zusätzlichen Brücke um eine Fahrspur erweitert (im Folgenden als „Grenzbrücke“ bezeichnet).

(2) Die Vertragsstaaten stellen die Grenzbrücke nach Möglichkeit im Jahre 2001–2002 fertig.

Artikel 2

Planung und Bauausführung

(1) Voruntersuchungen und Geländeaufnahmen führen die Vertragsstaaten jeweils in ihrem Hoheitsgebiet und auf ihre Kosten durch.

(2) Die Tschechische Republik übernimmt

- a) Planung,
- b) Ausschreibung,
- c) Auftragsvergabe,
- d) Prüfung der Ausführungsunterlagen,
- e) Bauüberwachung,
- f) Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen und
- g) Entwurf der Kostenteilung nach Maßgabe dieses Vertrags für die Grenzbrücke jeweils nach Herstellung des Einvernehmens mit der Bundesrepublik Deutschland.

(3) Die Grenzbrücke wird nach den in der Tschechischen Republik geltenden Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant, ausgeführt und abgenommen. Für einzelne Bauteile können die Vertragsstaaten die Anwendung deutscher Vorschriften vereinbaren.

Článek 1

Předmět smlouvy

1) Na hraničním přechodu s napojením na spolkovou silnici B 20 a na státní silnici I/26 se na výsostném území Spolkové republiky Německo a na výsostném území České republiky rozšíří stávající hraniční most o jeden jízdní pruh výstavbou dalšího mostu (dále jen „hraniční most“).

2) Smluvní státy dokončí podle možnosti hraniční most v roce 2001 – 2002.

Článek 2

Příprava a provedení stavby

(1) Průzkumné práce a geodetické zaměření provedou smluvní státy každý na svém výsostném území a na své náklady.

(2) Česká republika převezme

- a) přípravu,
- b) vypsání výběrového řízení,
- c) zadání zakázky,
- d) přezkoumání realizačních podkladů,
- e) stavební dozor,
- f) přezkoumání fakturace smluvních výkonů a
- g) návrh rozdělení nákladů podle ustanovení této smlouvy pro hraniční most vždy po dosažení shody se Spolkovou republikou Německo.

(3) Hraniční most bude připravován, realizován a převzat podle norem a stavebních předpisů platných v České republice. Pro jednotlivé části stavby mohou smluvní státy dohodnout použití německých předpisů.

(4) Eine eventuelle Änderung des Verlaufs der gemeinsamen Staatsgrenze aus Anlass des Baus der Grenzbrücke bedarf eines besonderen Vertrags zwischen den Vertragsstaaten.

Artikel 3

Baugenehmigung und Grunderwerb

(1) Jeder Vertragsstaat sorgt dafür, dass rechtzeitig die nach seinen Rechtsvorschriften zum Bau der Grenzbrücke erforderlichen Genehmigungen und Erlaubnisse vorliegen und die Abnahmen durchgeführt werden.

(2) Jeder Vertragsstaat sorgt auf seine Kosten dafür, dass in seinem Hoheitsgebiet die für den Bau der Grenzbrücke dauernd oder zeitweilig erforderlichen Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stehen.

(3) Die Vermessung und die Vermarkung der benötigten Grundstücke führt jeder Vertragsstaat in seinem Hoheitsgebiet und auf seine Kosten durch.

Artikel 4

Abnahme

Nach Abschluss der Bauarbeiten wird die Grenzbrücke von der Tschechischen Republik nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten Recht der Tschechischen Republik in Anwesenheit der Auftragnehmer abgenommen. Die Bundesrepublik Deutschland wird bei der Abnahme durch die zuständigen Behörden vertreten sein. Die Tschechische Republik überwacht die Gewährleistungsfristen für die Grenzbrücke und macht Gewährleistungsansprüche auch namens der Bundesrepublik Deutschland geltend.

Artikel 5

Erhaltung

(1) Zur Erhaltung gehören Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung.

(2) Mit der Abnahme der Grenzbrücke übernimmt jeder Vertragsstaat in seinem Hoheitsgebiet die Unterhaltung der Grenzbrücke einschließlich der Verkehrssicherung und des Winterdienstes auf seine Kosten.

(3) Ab dem in Absatz 2 genannten Zeitpunkt übernimmt die Tschechische Republik die Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke. Die Grenze für diese Tätigkeiten ist das Ende der Grenzbrücke einschließlich des Widerlagers im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Diese Maßnahmen erfolgen im Einvernehmen mit der Bundesrepublik Deutschland.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können über Art, Umfang und Durchführung der Erhaltungsmaßnahmen nach den Absätzen 1 bis 3 gesonderte Vereinbarungen schließen.

Artikel 6

Kosten

(1) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten für den Bau, die Instandsetzung und die Erneuerung der Grenzbrücke, soweit die Grenzbrücke in seinem Hoheitsgebiet liegt. Die Kostenanteile bestimmen sich nach dem Verhältnis der Flächen der Grenzbrücke zwischen den Auflagerachsen und der Staatsgrenze. Bei der Aufteilung der Kosten ist die tschechische Mehrwertsteuer, die in den Kosten enthalten ist, nicht zu berücksichtigen. Diese Steuer wird allein von der Tschechischen Republik getragen.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland erstattet der Tschechischen Republik Verwaltungskosten in Höhe von zehn vom Hundert der nach Absatz 1 auf sie entfallenden Bau-, Instandsetzungs- und Erneuerungskosten ohne tschechische Mehrwertsteuer.

(3) Die vorhandenen Unterlagen für die erforderlichen Planungen der Grenzbrücke werden gegenseitig kostenlos zur Verfügung gestellt.

(4) Případná změna průběhu společných státních hranic z důvodu výstavby hraničního mostu vyžaduje zvláštní smlouvu mezi smluvními státy.

Článek 3

Stavební povolení a výkup pozemků

(1) Každý smluvní stát zajistí, aby byla včas vydána povolení a schválení a provedeny přejímky podle jeho právních předpisů, potřebné ke stavbě hraničního mostu.

(2) Každý smluvní stát zajistí na vlastní náklady, aby na jeho výsostném území byly včas k dispozici pozemky trvalého a dočasného záboru, potřebné pro stavbu hraničního mostu.

(3) Zaměření a vytyčení potřebných pozemků provede každý smluvní stát na svém výsostném území a na své náklady.

Článek 4

Přejímka

Po dokončení stavebních prací bude hraniční most převzat Českou republikou podle českého práva, používaného pro veřejné stavební zakázky, za účasti zhotovitelů. Spolková republika Německo bude při přejímce zastoupena příslušnými orgány. Česká republika bude dohlížet na záruční lhůty hraničního mostu a bude uplatňovat záruční požadavky i jménem Spolkové republiky Německo.

Článek 5

Údržba

(1) Údržba se skládá z provozní údržby, stavební údržby a obnovy.

(2) Přejímkou hraničního mostu převezme každý smluvní stát na svém výsostném území a na své náklady provozní údržbu hraničního mostu včetně zajištění bezpečnosti a zimní údržby.

(3) Od okamžiku uvedeného v odstavci 2 převezme Česká republika stavební údržbu a obnovu hraničního mostu. Hranicí pro tuto činnost je konec hraničního mostu včetně krajní opěry na výsostném území Spolkové republiky Německo. Tyto činnosti budou prováděny ve vzájemné shodě se Spolkovou republikou Německo.

(4) Příslušné orgány smluvních států mohou o druhu, rozsahu a provádění údržbových prací podle odstavců 1 až 3 sjednat zvláštní ujednání.

Článek 6

Náklady

(1) Každý smluvní stát hradí náklady na stavbu, stavební údržbu a obnovu hraničního mostu tou měrou, jakou leží hraniční most na jeho výsostném území. Podíly na nákladech se určují podle poměru ploch hraničního mostu mezi osami ložisek a státními hranicemi. Při rozdělování těchto nákladů nebude zohledněna česká daň z přidané hodnoty, která je obsažena v nákladech. Tuto daň ponese jen Česká republika.

(2) Spolková republika Německo uhradí České republice správní náklady ve výši deseti procent nákladů na stavbu, stavební údržbu a obnovu, připadající na ni podle odstavce 1, bez české daně z přidané hodnoty.

(3) Existující podklady potřebné pro přípravu hraničního mostu budou dány bezúplatně vzájemně k dispozici.

Artikel 7 Zahlungen

(1) Die Bundesrepublik Deutschland erstatet der Tschechischen Republik den von ihr zu tragenden Anteil der Abschlagszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt an die Auftragnehmer geleistet werden. Ein Zeitplan für die Fälligkeit und die voraussichtliche Höhe der Abschlagszahlungen wird bei Auftragsvergabe erstellt.

(2) Die Tschechische Republik wird der Bundesrepublik Deutschland zwei Monate im Voraus den geschätzten Finanzbedarf für die Abschlagszahlungen mitteilen und sie dabei über den Stand der Auszahlungen durch Übersichten unterrichten, in welchen die Höhe und der Zeitpunkt der Auszahlungen ausgewiesen werden.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland zahlt den Rest ihres Kostenanteils nach Schlussabnahme und Abrechnung.

(4) Alle Zahlungen erfolgen in Deutscher Mark beziehungsweise Euro zu dem am Fälligkeitstag gültigen Kurs der Tschechischen Nationalbank.

(5) Bei Meinungsverschiedenheiten dürfen die unstreitigen Beträge nicht zurückgehalten werden.

(6) Die Bundesrepublik Deutschland erhält Zweitstücke der Bauverträge, Bestellurkunden und geprüften Abrechnungsunterlagen.

Artikel 8 Betretungsrecht

(1) Die beim Bau der Grenzbrücke beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten und Staatsangehörigen von Staaten, die in keinem der beiden Vertragsstaaten und in keinem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union der Visumpflicht unterliegen, dürfen zur Wahrnehmung der Aufgabe nach diesem Vertrag die Staatsgrenze im Bereich der Baustelle für die Grenzbrücke überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle aufhalten, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, ohne dass sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen, wenn sie ein gültiges und anerkanntes Dokument mit sich führen, welches zum Überschreiten der Staatsgrenze zwischen den Vertragsstaaten berechtigt. Visumpflichtige Staatsangehörige anderer Staaten dürfen zur Wahrnehmung der Aufgabe nach diesem Vertrag die Staatsgrenze im Bereich der Baustelle überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle aufhalten, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, wenn ihnen ein Visum erteilt worden ist und sie ein gültiges und anerkanntes Dokument mit sich führen, welches zum Überschreiten der Staatsgrenze zwischen den Vertragsstaaten berechtigt.

(2) Die in Absatz 1 genannten Arbeitnehmer unterliegen den tschechischen Rechtsvorschriften über die Erteilung einer Arbeitserlaubnis an in der Tschechischen Republik beschäftigte ausländische Staatsangehörige, unabhängig davon, ob die Arbeiten im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder der Tschechischen Republik ausgeführt werden.

(3) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, Personen, die aufgrund dieses Vertrags in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingereist sind und die

- a) die Bestimmungen dieses Vertrags verletzt haben oder
- b) sich dort rechtswidrig aufhalten,

jederzeit formlos zurückzunehmen. Auf das Abkommen vom 3. November 1994 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik über die Rückübernahme von Personen an der gemeinsamen Staatsgrenze wird hingewiesen.

(4) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Baustellenbereich der Grenzbrücke werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden einvernehmlich geregelt.

Článek 7 Platby

(1) Spolková republika Německo uhradí České republice svůj podíl na splátkách, které budou v souladu s postupem stavebních prací poskytovány zhotovitelům. Časový plán pro splatnost a předpokládanou výši splátek bude sestaven při zadávání zakázky.

(2) Česká republika sdělí Spolkové republice Německo dva měsíce předem odhadovanou finanční potřebu pro splátkování a současně ji bude informovat o stavu plateb formou přehledů, ve kterých budou uvedeny výše a termíny plateb.

(3) Spolková republika Německo uhradí zbytek svého podílu na nákladech po konečné přejímce a vyúčtování.

(4) Všechny platby se uskuteční v německých markách resp. v EURO v kurzu České národní banky platném ke dni splatnosti.

(5) Při rozdílných názorech nemohou být zadržovány nesporné částky.

(6) Spolková republika Německo obdrží stejnopisy stavebních smluv, objednávek a přezkoušených podkladů pro vyúčtování.

Článek 8 Právo vstupu

(1) Na stavbě hraničního mostu se podílející státní příslušníci smluvních států a státní příslušníci států, kteří v žádném z obou smluvních států a v žádném z členských států Evropské unie nepodléhají vízové povinnosti, smějí ke splnění úkolu podle této smlouvy překračovat státní hranice v prostoru staveniště hraničního mostu a zdržovat se v té části staveniště, která leží na výsošném území druhého smluvního státu, aniž by k tomu potřebovali povolení k pobytu, pokud u sebe mají platný a uznávaný dokument, který opravňuje k překročení státních hranic mezi smluvními státy. Státní příslušníci jiných států, kteří podléhají vízové povinnosti, smějí ke splnění úkolu podle této smlouvy překračovat státní hranice v prostoru staveniště a zdržovat se v té části staveniště, která leží na výsošném území druhého smluvního státu, pokud jim bylo uděleno vízum a mají u sebe platný a uznávaný dokument, který opravňuje k překročení státních hranic mezi smluvními státy.

(2) Zaměstnanci uvedení v odstavci 1 podléhají českým právním předpisům o udělování povolení k zaměstnání zahraničním státním příslušníkům zaměstnaným v České republice bez ohledu na to, zda práce budou prováděny na výsošném území České republiky nebo Spolkové republiky Německo.

(3) Smluvní státy se zavazují, převzít kdykoliv bez formalit zpět osoby, které na základě této smlouvy vstoupily na výsošné území druhého smluvního státu a které

- a) porušily ustanovení této smlouvy, nebo
- b) se tam protiprávně zdržují.

Odkazuje se na Dohodu mezi vládou Spolkové republiky Německo a vládou České republiky o zpětném přebírání osob na společných státních hranicích ze dne 3. listopadu 1994.

(4) Jednotlivé otázky k udržení bezpečnosti a pořádku v prostoru staveniště hraničního mostu budou řešeny místně příslušnými pohraničními orgány ve vzájemné shodě.

(5) Die Absätze 1, 3 und 4 gelten entsprechend für die Maßnahmen zur Erhaltung der Grenzbrücke. Absatz 2 gilt entsprechend für die Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke.

Artikel 9

Steuer- und Zollbestimmungen

(1) Der Baustellenbereich für die Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung die Grenzbrücke selbst gelten, soweit sie sich in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erstrecken, für die Anwendung des Umsatzsteuerrechts der Bundesrepublik Deutschland und des Mehrwertsteuerrechts der Tschechischen Republik als Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik, soweit es sich um Lieferungen von Gegenständen und sonstige Leistungen handelt, die für den Bau der Grenzbrücke oder für ihre Instandsetzung und Erneuerung bestimmt sind.

(2) Für Waren, die aus dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingeführt werden, werden mit Ausnahme von Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben, soweit die Waren zum Bau der Grenzbrücke oder zur Erhaltung der Grenzbrücke verwendet werden. Dies gilt von Beginn an. Sicherheiten werden nicht verlangt. Satz 1 gilt nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentliche Verwaltung.

(3) Die zum Bau der Grenzbrücke oder zur Erhaltung der Grenzbrücke erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Einfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(4) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden beider Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3. Die Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle für die Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung auf der Grenzbrücke selbst aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 zu treffen, die in ihren innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften enthalten sind. Im Übrigen bleiben die jeweiligen Hoheitsrechte der Vertragsstaaten unberührt.

Artikel 10

Datenschutz

Unter Beachtung des nationalen Rechts jedes Vertragsstaates erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren Daten genannt, im Rahmen dieses Vertrags nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

- a) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle des anderen Vertragsstaates auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- b) Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Vertrag bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
- c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zur Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.

(5) Odstavce 1, 3 a 4 platí obdobně pro opatření k údržbě hraničního mostu. Odstavec 2 platí přiměřeně pro stavební údržbu a obnovu hraničního mostu.

Článek 9

Daňová a celní ustanovení

(1) Prostor staveniště hraničního mostu a po jeho dokončení hraniční most samotný, pokud se nacházejí na výsoštném území Spolkové republiky Německo, se považují pro uplatnění právních předpisů České republiky o dani z přidané hodnoty a právních předpisů Spolkové republiky Německo o dani z obratu za výsoštné území České republiky, pokud se jedná o dodávky předmětů a ostatních výkonů, určených pro stavbu hraničního mostu nebo pro jeho stavební údržbu a obnovu.

(2) Na zboží, které bude dováženo z výsoštného území jednoho smluvního státu na výsoštné území druhého smluvního státu nebudou s výjimkou cel uplatňovány žádné dovozní poplatky, pokud toto zboží bude použito na výstavbu nebo údržbu hraničního mostu. Toto platí od zahájení stavby. Jistoty se nepožadují. První věta neplatí při dovozu zboží pro veřejnou správu.

(3) Zboží potřebné pro výstavbu nebo pro údržbu hraničního mostu nepodléhá při dovozu žádným zákazům a omezením.

(4) Příslušné daňové a celní orgány obou smluvních států se vzájemně vyzoomí a poskytnou si všechny potřebné informace a podporu při uplatňování svých vnitrostátních právních a správních předpisů v rámci ustanovení odstavců 1 až 3. Zástupci těchto orgánů jsou oprávněni zdržovat se na staveništi hraničního mostu a po jeho dokončení na hraničním mostě samotném a provádět tam opatření v rámci ustanovení odstavců 1 až 3, která jsou obsažena v jejich vnitrostátních právních a správních předpisech. V ostatním zůstávají příslušná výsoštná práva smluvních států nedotčena.

Článek 10

Ochrana osobních údajů

Předávání a použití osobních údajů (dále jen „údaje“) se při respektování vnitrostátních právních předpisů každého smluvního státu provádí v rámci této smlouvy podle následujících ustanovení:

- a) Přijímající orgán podá předávajícímu orgánu druhého smluvního státu na vyzvání informaci o použití předaných údajů a o výsledcích tím dosažených.
- b) Použití údajů příjemcem je přípustné pouze pro účely stanovené touto smlouvou a za podmínek stanovených předávajícím orgánem. Kromě toho je přípustné použití k zamezení a stíhání závažných trestných činů a pro účely ochrany před závažným ohrožením veřejné bezpečnosti.
- c) Předávající orgán je povinen dbát na správnost předávaných údajů, jakož i na potřebnost a přiměřenost ve vztahu k účelu, který je sledován jejich předáním. Přitom je třeba dbát na zákazy předávání dané příslušnými vnitrostátními právními předpisy. Předání údajů se neuskuteční, pokud má předávající orgán důvod se domnívat, že tím dojde k porušení vnitrostátního zákona nebo že budou omezeny zájmy dotčené osoby, které zasluhují ochrany. Pokud se prokáže, že byly předány nesprávné údaje nebo údaje, které nesměly být předány, je třeba to neprodleně sdělit příjemci. Ten je povinen je opravit nebo zničit.

- d) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen auf Auskunftserteilung nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- e) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach diesem Vertrag rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist.
- f) Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung der Daten auf die nach ihrem nationalen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- g) Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht werden.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- d) Dotčenému se na jeho žádost podají informace o údajích o jeho osobě a o předpokládaném účelu jejich použití. Poskytnutí těchto informací může být odmítnuto, pokud zájem státu neposkytnout informace převažuje nad zájmy žadatele. V ostatním se řídí právo dotčeného na získání informací podle vnitrostátních právních předpisů toho smluvního státu, na jehož výsoštném území se o informace žádá.
- e) Pokud je někdo protiprávně poškozen v důsledku předání údajů v rámci výměny osobních údajů podle této smlouvy, odpovídá mu v této věci přijímající orgán podle vnitrostátních právních předpisů jeho státu. Ve vztahu k poškozenému se ke svému vyvinění nemůže odvolávat na to, že poškození bylo způsobeno předávajícím orgánem.
- f) Předávající orgán upozorní při předání údajů na lhůty archivace těchto údajů stanovené jeho vnitrostátními právními předpisy, po jejichž uplynutí musí být údaje zlikvidovány. Nezávisle na těchto lhůtách je třeba zlikvidovat předané údaje, jakmile nejsou dále potřebné k účelu, pro který byly předány.
- g) Předávající a přijímající orgán zajistí vedení evidence o předání a převzetí údajů.
- h) Předávající a přijímající orgán jsou povinny účinně chránit předávané údaje před nepovolaným přístupem, nepovolanými změnami a nepovolaným zveřejněním.

Artikel 11

Gemischte Kommission

(1) Die Vertragsstaaten können eine Gemischte Kommission für den Bau der Grenzbrücke bilden. Diese besteht aus den beiden Leitern der Delegationen und aus jeweils drei ständigen Mitgliedern sowie aus den von jedem Vertragsstaat zu den Sitzungen entsandten weiteren Mitgliedern. Die Vertragsstaaten teilen einander den Namen des Leiters ihrer Delegation in der Gemischten Kommission sowie die der drei ständigen Mitglieder mit. Jeder Delegationsleiter kann die Gemischte Kommission durch Ersuchen an den Leiter der anderen Delegation zu einer Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung muss auf seinen Wunsch spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Ersuchens stattfinden.

(2) Die Gemischte Kommission hat die Aufgabe, Fragen zu klären, die sich hinsichtlich des Baus der Grenzbrücke ergeben, und den Vertragsstaaten Empfehlungen zu unterbreiten.

(3) Jede Delegation in der Gemischten Kommission kann die zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaats ersuchen, die Unterlagen vorzulegen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

(4) Die Gemischte Kommission fasst ihre Beschlüsse in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 12

Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags werden durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zu diesem Zweck die Gemischte Kommission um Stellungnahme bitten. Sollte es den zuständigen Behörden nicht gelingen, Meinungsverschiedenheiten beizulegen, ist, soweit möglich, eine Regelung durch die Vertragsstaaten herbeizuführen.

Článek 11

Smišená komise

(1) Smluvní státy mohou vytvořit smišenou komisi pro stavbu hraničního mostu. Ta se skládá z obou vedoucích delegací, ze tří stálých členů každé strany a z dalších členů, vyslaných každým smluvním státem na zasedání. Smluvní státy si vzájemně sdělí jméno vedoucího své delegace a jména tří stálých členů ve smišené komisi. Vedoucí každé delegace může požádáním vedoucího druhé delegace svolat zasedání smišené komise pod svým předsednictvím. Zasedání se musí na jeho přání uskutečnit nejpozději do jednoho měsíce po doručení této žádosti.

(2) Smišená komise má za úkol objasňovat otázky spojené se stavbou hraničního mostu a předkládat smluvním státům doporučení.

(3) Každá delegace ve smišené komisi může požádat příslušné orgány druhého smluvního státu o předložení podkladů, které považuje za potřebné k přípravě závěrů smišené komise.

(4) Smišená komise přijímá své závěry ve vzájemné shodě.

Článek 12

Rozdílné názory

Rozdílnost názorů týkající se výkladu nebo provádění této smlouvy budou řešit příslušné orgány smluvních států. Příslušné orgány smluvních států mohou za tímto účelem požádat o stanovisko smišenou komisi. Nepodaří-li se příslušným orgánům tyto rozdílnosti názorů urovnat, budou je řešit pokud možno smluvní státy.

Artikel 13**Schlussbestimmung**

Die Vertragsstaaten vollziehen diesen Vertrag durch ihre jeweils zuständigen Behörden.

Artikel 14**Inkrafttreten**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Kalendermonats, der auf den Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden folgt, in Kraft.

Artikel 15**Geltungsdauer und Vertragsänderungen**

(1) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten geändert, ergänzt oder aufgehoben werden.

(2) Ergeben sich bei der Durchführung des Vertrags erhebliche Schwierigkeiten oder ändern sich die bei seinem Abschluss bestehenden Verhältnisse wesentlich, so werden die Vertragsstaaten auf Verlangen eines Vertragsstaats über eine Änderung des Vertrags oder seine Aufhebung und Neuregelung verhandeln.

Geschehen zu Praha/Prag am 26. Juli 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo
Andreas Meitzner

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku
Schling

Článek 13**Závěrečné ustanovení**

Smluvní státy budou provádět tuto smlouvu prostřednictvím svých příslušných orgánů.

Článek 14**Vstup v platnost**

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny co nejdříve v Berlíně.

(2) Tato smlouva vstoupí v platnost prvního dne druhého kalendářního měsíce následujícího po dni výměny ratifikačních listin.

Článek 15**Doba platnosti a změny smlouvy**

(1) Tato smlouva se sjednává na dobu neurčitou. Může být změněna, doplněna nebo zrušena jen ve vzájemné shodě mezi smluvními státy.

(2) Pokud dojde při provádění smlouvy ke značným obtížím nebo pokud se podstatně změní podmínky existující při jejím uzavření, budou smluvní státy na požádání jednoho smluvního státu jednat o změně smlouvy nebo o jejím zrušení a nové úpravě.

Dáno v Praze/Prag dne 26. července 2001 ve dvou původních vyhotoveních, každé v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

**Zweite Verordnung
zur Änderung rheinschiffahrtspolizeilicher Vorschriften**

Vom 6. Mai 2003

Es verordnen

- auf Grund des § 3 Abs. 1 Nr. 2, 4 und 6 und Abs. 6 Nr. 1 des Binnenschiffahrtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2001 (BGBl. I S. 2026) das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen,
- auf Grund des § 3 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 5 Satz 1 des Binnenschiffahrtsgesetzes in Verbindung mit § 1 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 5. Juni 1986 (BGBl. I S. 864) das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit,
- auf Grund des § 3 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 5 Satz 2 des Binnenschiffahrtsgesetzes in Verbindung mit § 1 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes und dem Organisationserlass vom 22. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4206) das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit:

Artikel 1

Die mit den Beschlüssen vom 29. und 30. Mai 2002 durch die Protokolle 33, 34 und 36 von der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt in Straßburg angenommenen Änderungen

1. der Verordnung über die Erteilung von Radarpatenten (BGBl. 2000 II S. 818, 821) (Protokoll 36),
2. der Rheinschiffsuntersuchungsordnung (BGBl. 1994 II S. 3822), die zuletzt durch die Beschlüsse vom 31. Mai 2001 geändert worden ist (BGBl. 2002 II S. 708) (Protokoll 33 und 34),

werden hiermit auf dem Rhein in Kraft gesetzt. Die Beschlüsse werden nachstehend als Anlage 1 bis 3 veröffentlicht.

Artikel 2

In Artikel 4 Abs. 6 Satz 2 der Verordnung zur Einführung der Rheinschiffsuntersuchungsordnung vom 19. Dezember 1994 (BGBl. 1994 II S. 3822), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 18. März 2002 (BGBl. 2002 II S. 708) geändert worden ist, wird die Angabe „(Verkehrsblatt 1989 S. 830)“ durch die Angabe „(Verkehrsblatt 1989 S. 830, zuletzt geändert s. Verkehrsblatt 2003 S. 54)“ ersetzt.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am Tage nach der Verkündung in Kraft. Abweichend von Satz 1 treten die Änderungen durch das Protokoll 33 am 1. Oktober 2003 in Kraft.

Berlin, den 6. Mai 2003

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Manfred Stolpe

Der Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Jürgen Trittin

Anlage 1
(zu Artikel 1)

Protokoll 36

**Änderung der Verordnung über die Erteilung von Radarpatenten
(1999-II-19)**

Beschluss

Die Zentralkommission,

unter Bezugnahme auf ihren Beschluss 1998-II-28,

von dem Wunsche geleitet im Zuge einer weiteren Vereinheitlichung der technisch-administrativen Anforderungen die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, Radarpatente, die auf der Basis von materiell gleichwertigen Bestimmungen anderer Staaten ausgestellt werden auf dem Rhein anzuerkennen,

auf Vorschlag ihres Ausschusses für Sozial-, Arbeits- und Berufsausbildungsfragen,

beschließt die Änderung von § 1.02 Nr. 1 der Verordnung über die Erteilung von Radarpatenten.

Die Änderung ist in der Anlage zu diesem Beschluss aufgeführt und gilt ab 1. April 2003.

Sie beauftragt ihren Ausschuss für Sozial-, Arbeits- und Berufsausbildungsfragen, die Kriterien und Verfahren für die Anerkennung gleichwertiger Zeugnisse, gegebenenfalls in einer Richtlinie zur Radarpatentverordnung, auszuarbeiten.

Anlage zu Protokoll 36

1. § 1.02 Nr. 1 wird wie folgt gefasst:

- „1. Wer eine Radarfahrt durchführt, muss neben dem für die zu durchfahrende Strecke notwendigen Schifferpatent ein nach dieser Verordnung erteiltes Radarpatent oder ein anderes von der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt anerkanntes Zeugnis besitzen. Die Kriterien für die Anerkennung werden in den Richtlinien nach § 1.03 bestimmt.“

Protokoll 34

**Änderung der Untersuchungsordnung
infolge der Einführung des Standards Inland ECDIS
(§§ 1.01 und 7.06)
(2000-I-16)**

Beschluss

Die Zentralkommission,

zur Anpassung an den technischen Fortschritt auf dem Gebiet der Schiffsführung nach Einführung des Standards Inland ECDIS,

auf Vorschlag ihres Untersuchungsausschusses,

beschließt die Änderungen der §§ 1.01 Nr. 84 bis 88 und 7.06 Nr. 1 der Rheinschiffsuntersuchungsordnung, die in der Anlage diesem Beschluss beigelegt sind.

Diese Änderungen treten am 1. April 2003 in Kraft.

Anlage zu Protokoll 34

1. Dem § 1.01 werden folgende Nummern angefügt:

„Radargeräte

84. „Radargerät“ eine elektronische Navigationshilfe zur Erfassung und Darstellung der Umgebung und des Verkehrs;
85. „Inland ECDIS“ ein standardisiertes System zur elektronischen Darstellung von Binnenschifffahrtskarten und damit verbundenen Informationen, das ausgewählte Informationen aus einer herstellereigenspezifischen elektronischen Binnenschifffahrtskarte und wahlweise Informationen anderer Messwertgeber des Fahrzeugs darstellt;
86. „Inland ECDIS Gerät“ ein Gerät zur Darstellung von elektronischen Binnenschifffahrtskarten, das in zwei Betriebsarten betrieben werden kann: Informationsmodus und Navigationsmodus;
87. „Informationsmodus“ die Verwendung des Inland ECDIS nur für Informationszwecke ohne überlagertes Radarbild;
88. „Navigationsmodus“ die Verwendung des Inland ECDIS beim Steuern des Fahrzeugs mit überlagertem Radarbild.“

2. § 7.06 Nr. 1 wird wie folgt gefasst:

- „1. Radargerät und Wendeanzeiger müssen einem von der zuständigen Behörde zugelassenen Typ entsprechen. Die Vorschriften für den Einbau und die Funktionsprüfung von Navigationsradaranlagen und Wendeanzeigern in der Rheinschiffahrt müssen eingehalten sein. Inland ECDIS Geräte, die im Navigationsmodus betrieben werden können, gelten als Radargeräte. Sie müssen zusätzlich die Anforderungen des Inland ECDIS Standards erfüllen.

Der Wendeanzeiger muss vor dem Rudergänger in dessen Blickfeld angebracht sein.“

Anlage 3
(zu Artikel 1)

Protokoll 33

Definitive Änderung der Untersuchungsordnung

Beschluss

Die Zentralkommission,

zur Berichtigung der Sprachfassungen der Rheinschiffsuntersuchungsordnung und der definitiven Übernahme von Anordnungen vorübergehender Art nach § 1.06 der Rheinschiffsuntersuchungsordnung, die sich bewährt haben,

auf Vorschlag ihres Untersuchungsausschusses,

beschließt

- die Berichtigungen der Rheinschiffsuntersuchungsordnung, die in der Anlage 1 aufgeführt sind sowie
- die definitive Übernahme von Anordnungen vorübergehender Art nach § 1.06, die in Anlage 2 beigefügt sind, auch unter Berücksichtigung von Korrekturen.

Diese Änderungen gelten ab dem 1. Oktober 2003. Die Anordnungen vorübergehender Art zu den in den Anlagen aufgeführten Bestimmungen, die zu diesem Zeitpunkt noch gelten, werden mit diesem Zeitpunkt aufgehoben.

Anlagen

Anlage 1 zu Protokoll 33 – Berichtigungen der Rheinschiffsuntersuchungsordnung

A. Deutsche Sprachfassung

1. In § 4.02 Nr. 4 werden die Formeln wie folgt gefasst:

$$\beta_v = 1 - \frac{3 \cdot l_{e_v}}{L}$$

$$\beta_a = 1 - \frac{3 \cdot l_{e_a}}{L}.$$

2. In § 9.09 wird jeweils das Wort „Schiffe“ durch das Wort „Fahrzeuge“ ersetzt.

3. § 10.02 Nr. 1 Buchstabe e wird wie folgt gefasst:

„e) je ein gekennzeichnete feuerbeständiger Behälter mit Deckel zum Sammeln der übrigen festen Sonderabfälle und ein gekennzeichnete feuerbeständiger Behälter mit Deckel zum Sammeln der übrigen flüssigen Sonderabfälle nach Rheinschiffahrtspolizeiverordnung;“.

4. In § 16.05 Nr. 1 Buchstabe d Satz 2 wird das Wort „Buchstaben“ durch das Wort „Buchstabe“ ersetzt.

5. § 22.02 Nr. 1 Buchstabe e wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird die Formel wie folgt gefasst:

$$h_{KfO} = \frac{C_{KfO}}{D'} \cdot \sum (b \cdot l \cdot (b - 0,55 \sqrt{b})) [m].$$

b) Satz 2 erster Anstrich wird wie folgt gefasst:

$$„- C_{KfO} \text{ Beiwert } (C_{KfO} = 0,015) [t/m^2];“.$$

6. Die Tabelle in § 24.02 Nr. 2 wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe

„3.02 Nr. 1 b	Mindestdicken der Boden-, Kimm- und Seitenbeplattung der Außenhaut bei Nach- und Sonderuntersuchungen	*)“
---------------	---	-----

wird durch die Angabe

„3.02 Nr. 1 b	Mindestdicken der Boden-, Kimm- und Seitenbeplattung der Außenhaut bei Nachuntersuchungen	*)“
---------------	---	-----

ersetzt.

b) Nach der Angabe „8.07“ wird die Angabe „Nr. 2“ eingefügt.

c) Es werden gestrichen:

aa) die Angabe zu § 6.08

„Nr. 5	In Wendegeschwindigkeitsreglern verwendete Wendeanzeiger	31. 12. 1999“,
--------	--	----------------

bb) die Angabe

„7.07 Nr. 2	Funkgerät	1. 1. 1998“,
-------------	-----------	--------------

cc) die Angabe zu § 8.06

„Nr. 10	Verplombung der Absperrorgane	Erneuerung Schiffsattest, jedoch spätestens bis 31. 12. 1998“,
---------	-------------------------------	--

dd) die Angabe zu § 10.02

„Nr. 2b	Drahtseile zum Schleppen	1 Jahr“,
---------	--------------------------	----------

ee) die Angabe

„14.09 Nr. 4	Prüfanschluss	Erneuerung der Bescheinigung nach § 14.15“,
--------------	---------------	---

ff) die Angabe

„15.08 Nr. 1	Rettungsringe	Erneuerung Schiffsattest
Nr. 3	Rettungsmittel	Erneuerung Schiffsattest
Nr. 4	Einzelrettungsmittel	Erneuerung Schiffsattest
Nr. 5	Sammelrettungsmittel	Erneuerung Schiffsattest
Nr. 6	Herstellerrweisung	Erneuerung Schiffsattest“,

gg) die Angabe zu § 20.01

„§ 8.06 Nr. 10		Erneuerung Schiffsattest, jedoch spätestens bis 31. 12. 1998“,
----------------	--	--

hh) die Angabe

„20.02 Nr. 2	Überwachungs- und Kontrollsystem nach Marpol	1 Jahr“.
--------------	--	----------

B. Französische Sprachfassung

(nicht abgedruckt)

C. Niederländische Sprachfassung

(nicht abgedruckt)

Anlage 2 zu Protokoll 33 – Definitive Übernahme von Anordnungen vorübergehender Art, alle drei Sprachfassungen

1. § 2.12 wird wie folgt gefasst:

„§ 2.12

Bescheinigung oder Prüfung einer Klassifikationsgesellschaft oder einer anderen Stelle

- Die Untersuchungskommission kann bei einem Fahrzeug ganz oder teilweise davon absehen zu prüfen, ob die Bestimmungen des Teils II und des § 23.09 erfüllt sind, wenn aus einer gültigen Bescheinigung einer von allen Rheinuferstaaten und Belgien anerkannten Klassifikationsgesellschaft ersichtlich ist, dass das Fahrzeug diesen Bestimmungen ganz oder teilweise entspricht.
- Eine Bescheinigung einer Klassifikationsgesellschaft oder – soweit nach dieser Verordnung für bestimmte Ausrüstungsbereiche vorgesehen – einer anderen Stelle darf von der zuständigen Behörde nur dann anerkannt werden, wenn die Klassifikationsgesellschaft oder die andere Stelle bestätigt, dass sie die Bestimmungen der Richtlinien nach § 1.07 eingehalten hat.“

2. § 3.02 Nr. 1 Buchstabe c wird wie folgt gefasst:

„c) Der sich nach den Formeln in Buchstabe b ergebende Mindestwert für die Plattendicke darf bei Schiffen in Längsspannbauweise mit Doppelboden und Wallgang bis zu dem Wert unterschritten werden, der durch einen rechnerischen Nachweis für die genügende Festigkeit des Schiffskörpers (Längs- und Querfestigkeit sowie örtliche Festigkeit) von einer anerkannten Klassifikationsgesellschaft festgelegt und bescheinigt ist.

Plattenerneuerungen sind durchzuführen, wenn Boden-, Kimm- oder Seitenbeplattung diesen festgelegten zulässigen Wert unterschritten haben.“

3. § 3.03 Nr. 7 wird wie folgt gefasst:

„7. Vorschiffe müssen so gebaut sein, dass Anker weder als Ganzes noch teilweise über die Schiffsaußenhaut herausragen.“

4. § 3.04 Nr. 2 und 3 wird wie folgt gefasst:

- „2. Bunker für flüssige Brennstoffe oder Schmieröle dürfen mit Fahrgasträumen und Wohnungen keine gemeinsamen Begrenzungsflächen haben, die im normalen Betrieb unter dem statischen Druck der Flüssigkeit stehen.
3. Wände, Decken und Türen der Maschinen-, Kessel- und Bunkerräume müssen aus Stahl oder einem anderen gleichwertigen nichtbrennbaren Werkstoff hergestellt sein.“

5. § 8.05 Nr. 6 wird wie folgt gefasst:

- „6. Füllrohre für Brennstofftanks mit Ausnahme der Tagesverbrauchstanks müssen von Deck ausgehen. Füllrohre müssen mit einem Anschlussstutzen entsprechend der Europäischen Norm EN 12 827 : 1999 versehen sein. Diese Tanks müssen ein Entlüftungsrohr haben, das oberhalb des Decks ins Freie führt und so eingerichtet ist, dass kein Wasser eindringen kann. Der Querschnitt dieses Entlüftungsrohrs muss mindestens das 1,25fache des Füllrohrquerschnitts betragen.

Sind Tanks für flüssige Brennstoffe miteinander verbunden, muss der Querschnitt der Verbindungsleitung mindestens das 1,25fache des Füllrohrquerschnitts betragen.“

6. § 8.05 Nr. 9 wird wie folgt gefasst:

- „9. Brennstofftanks müssen mit einer Peileinrichtung versehen sein, die bis zum höchsten Füllstand ablesbar sein muss. Peilgläser müssen gegen Beschädigungen geschützt, am unteren Ende mittels Selbstschlusseinrichtungen absperrbar und am oberen Ende wieder an die Tanks oberhalb des höchsten Füllstandes angeschlossen sein. Das Material der Peilgläser muss bei normalen Umgebungstemperaturen formfest bleiben.

Schmieröltanks müssen mit einer Peileinrichtung versehen sein.“

7. § 8.05 Nr. 10 wird wie folgt gefasst:

- „10. a) Brennstofftanks müssen durch geeignete technische Einrichtungen an Bord, die im Schiffsattest unter Nummer 52 einzutragen sind, gegen Austritt von Brennstoff während des Bunkerns gesichert sein.
- b) Wird von Bunkerstellen, die durch eigene technische Einrichtungen einen Austritt von Brennstoff an Bord während des Bunkerns verhindern, Brennstoff übernommen, entfällt die Ausrüstungsvorschrift nach Buchstabe a und nach Nummer 11.“

8. § 8.05 Nr. 11 wird wie folgt gefasst:

- „11. Sind Brennstofftanks mit einer automatischen Abstellrichtung ausgerüstet, müssen die Messfühler bei einem Tankfüllungsgrad von 97 % den Füllvorgang unterbrechen; diese Einrichtungen müssen der Ausführung „failsafe“ genügen.

Betätigt der Messfühler einen elektrischen Kontakt, der in Form eines binären Signals die von der Bunkerstelle übergebene und gespeiste Stromschleife unterbrechen kann, muss das Signal an die Bunkerstelle mittels eines wasserdichten Gerätesteckers einer Kupplungssteckvorrichtung entsprechend der Internationalen Norm IEC 60309-1 : 1999 für Gleichstrom 40 bis 50 V, Kennfarbe weiß, Lage der Hilfsnase 10 h, übergeben werden können.“

9. § 8.05 Nr. 12 wird wie folgt gefasst:

- „12. Tanks für flüssige Brennstoffe müssen mit dicht verschließbaren Öffnungen versehen sein, die das Reinigen und Untersuchen ermöglichen.“

10. § 8.05 Nr. 13 wird wie folgt gefasst:

- „13. Unmittelbar an die Antriebsmaschinen und an die zum Fahrbetrieb notwendigen Motoren angeschlossene Brennstofftanks müssen mit einer Einrichtung versehen sein, die optisch und akustisch im Steuerhaus anzeigt, dass die Füllung des Tanks für den weiteren sicheren Betrieb nicht mehr ausreichend ist.“

11. § 8.06 Nr. 11 wird wie folgt gefasst:

- „11. Einer Plombierung nach Nummer 10 ist ein Abschließen als gleichwertig anzusehen. Der oder die Schlüssel für die Schlösser der Absperrorgane müssen entsprechend gekennzeichnet an einem leicht zugänglichen und gekennzeichneten Ort im Maschinenraum aufbewahrt werden.“

12. § 8.07 Nr. 2 wird wie folgt gefasst:

- „2. Zum Sammeln von Altöl müssen in Maschinenräumen ein oder mehrere besondere Behälter vorhanden sein, deren Rauminhalt mindestens der 1,5fachen Menge des Altöls aus den Ölwannen aller installierten Verbrennungsmotoren und Getriebe sowie der Menge des Hydrauliköls aus den Hydrauliköltanks entspricht.

Anschlussstutzen zum Entleeren dieser Behälter müssen der Europäischen Norm EN 1305 : 1996 entsprechen.“

13. § 8a.03 Nr. 1 wird wie folgt gefasst:

- „1. Ein Antrag auf Typgenehmigung für einen Motortyp, eine Motorenfamilie oder eine Motorengruppe ist vom Hersteller bei der zuständigen Behörde zu stellen. Dem Antrag ist eine Beschreibungsmappe und der Entwurf eines Motorparameterprotokolls beizufügen. Der Hersteller hat für die Typprüfungen einen Motor, der den in Anlage J Teil II Anhang 1 aufgeführten wesentlichen Merkmalen entspricht, vorzuführen.“

14. § 8a.12 Nr. 1 wird wie folgt gefasst:

- „1. Die Rheinuferstaaten und Belgien teilen der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt die Namen und Anschriften der zuständigen Behörden und Technischen Dienste mit, die für die Durchführung dieses Kapitels verantwortlich sind. Die Technischen Dienste müssen der Europäischen Norm über die allgemeinen Anforderungen an die Kompetenz von Prüf- und Kalibrierlaboratorien (EN ISO/IEC 17025 : 2000) unter Beachtung der nachfolgenden Bedingungen genügen:
- Motorhersteller können nicht als Technische Dienste anerkannt werden.
 - Für die Zwecke dieses Kapitels kann ein Technischer Dienst mit Zustimmung der zuständigen Behörde Einrichtungen außerhalb der eigenen Prüfstelle benützen.“

15. § 9.11 Nr. 8 wird wie folgt gefasst:

- „8. An den Türen oder Deckeln von Akkumulatorkäben, -schränken oder -kästen muss ein Symbol für „Feuer, offenes Licht und Rauchen verboten“ entsprechend Bild 2 der Anlage I mit einem Durchmesser von mindestens 10 cm angebracht sein.“

16. § 10.02 Nr. 2 wird wie folgt geändert:

- In Buchstabe h wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt.
- Folgender Buchstabe i wird angefügt:
„i) ein vom Steuerstand aus bedienbarer Scheinwerfer.“

17. § 10.05 wird wie folgt gefasst:

„§ 10.05

Rettungsringe und Rettungswesten

- An Bord der Fahrzeuge müssen mindestens drei Rettungsringe entsprechend der Europäischen Norm EN 14 144 : 2002 vorhanden sein. Sie müssen sich verwendungsbereit an geeigneten Stellen an Deck befinden und dürfen in ihren Halterungen nicht befestigt sein. Mindestens ein Rettungsring muss sich in unmittelbarer Nähe des Steuerhauses befinden und muss mit einem selbstzündenden, batteriebetriebenen, in Wasser nicht verlöschendem Licht versehen sein.
- An Bord der Fahrzeuge muss für jede gewöhnlich an Bord befindliche Person eine persönlich zugeordnete automatisch aufblasbare Rettungsweste entsprechend der Europäischen Norm EN 395 : 1998 oder EN 396 : 1998 griffbereit vorhanden sein.“

18. § 11.02 Nr. 4 wird wie folgt gefasst:

- „4. Außenkanten der Decks sowie solche Arbeitsbereiche, bei denen die Fallhöhe mehr als 1 m betragen kann, müssen mit Schanzkleidern oder Lukensüllen von jeweils mindestens 0,70 m Höhe oder mit Geländern entsprechend der Europäischen Norm EN 711 : 1995 versehen sein, die aus Handlauf, Zwischenzug in Kniehöhe und Fußleiste bestehen. Bei Gangborden muss eine Fußleiste und ein durchlaufender Handlauf am Lukensüll vorhanden sein. Sind Gangbordgeländer vorhanden, die nicht umlegbar sind, kann auf den Handlauf am Lukensüll verzichtet werden.“

19. § 11.04 Nr. 2 wird wie folgt gefasst:

- „2. Bis zu einer Höhe von 0,90 m über dem Gangbord kann die lichte Breite des Gangbords bis auf 0,54 m verringert werden, wenn darüber eine lichte Breite, zwischen Bordwandaußenkante und Laderauminnenkante, von mindestens 0,65 m vorhanden ist. Die lichte Breite des Gangbords kann in diesem Fall weiter bis auf 0,50 m verringert werden, wenn an den Außenkanten der Gangborde Geländer entsprechend der Europäischen Norm EN 711 : 1995 als Absturzsicherung aufgebaut sind. Bei Schiffen mit L von nicht mehr als 55 m mit Wohnungen nur auf dem Hinterschiff kann auf das Geländer verzichtet werden.“

20. § 11.09 Nr. 3 wird wie folgt gefasst:

- „3. Für Beschäftigte, bei denen voraussichtlich eine tägliche Lärmexposition von mehr als 85 dB(A) besteht, müssen individuelle Gehörschutzmittel vorhanden sein. An Arbeitsplätzen, an denen diese Werte 90 dB(A) übersteigen, muss durch ein Symbol für „Gehörschutz benutzen“ entsprechend Bild 7 der Anlage I mit einem Durchmesser von mindestens 10 cm auf die Pflicht zur Benutzung der Gehörschutzmittel hingewiesen werden.“

21. Dem Kapitel 11 wird folgender § 11.13 angefügt:

„§ 11.13

Lagerung brennbarer Flüssigkeiten

Zur Lagerung brennbarer Flüssigkeiten mit einem Flammpunkt von weniger als 55 °C muss an Deck ein belüfteter Schrank aus nicht brennbarem Material vorhanden sein. An dessen Außenseite muss ein Symbol für „Feuer, offenes Licht und Rauchen verboten“ entsprechend Bild 2 der Anlage I mit einem Durchmesser von mindestens 10 cm angebracht sein. “

22. § 12.05 wird wie folgt gefasst:

„§ 12.05

Trinkwasseranlagen

- Schiffe, auf denen Wohnungen vorhanden sind, müssen mit einer Trinkwasseranlage ausgerüstet sein. Füllöffnungen der Trinkwasserbehälter und Trinkwasserschläuche sind mit einem Hinweis zu versehen, wonach sie ausschließlich für Trinkwasser bestimmt sind. Füllstutzen für Trinkwasser müssen oberhalb des Decks angeordnet sein.

2. Trinkwasseranlagen müssen
 - a) an den Innenseiten aus korrosionsbeständigen und physiologisch ungefährlichen Materialien hergestellt sein;
 - b) frei sein von Leitungsabschnitten, deren regelmäßige Durchströmung nicht gewährleistet ist und
 - c) gegen übermäßige Erwärmung geschützt sein.
3. Trinkwasserbehälter müssen darüber hinaus
 - a) ein Fassungsvermögen von mindestens 150 l je gewöhnlich an Bord lebende Person, wenigstens jedoch je Besatzungsmitglied haben;
 - b) eine geeignete verschließbare Öffnung zur Innenreinigung haben;
 - c) eine Füllstandsanzeige haben;
 - d) Be- und Entlüftungsstutzen haben, die ins Freie führen oder die mit geeigneten Filtern ausgerüstet sind.
4. Trinkwasserbehälter dürfen keine gemeinsamen Wandungen mit anderen Behältern aufweisen. Trinkwasserleitungen dürfen nicht durch Behälter führen, die andere Flüssigkeiten enthalten. Verbindungen zwischen dem Trinkwassersystem und anderen Rohrleitungen sind nicht zulässig. Rohrleitungen für Gas oder andere Flüssigkeiten als Trinkwasser dürfen nicht durch Trinkwasserbehälter führen.
5. Druckbehälter für Trinkwasser dürfen nur mit nicht verunreinigter Druckluft betrieben werden. Wird sie mit Hilfe von Kompressoren erzeugt, müssen unmittelbar vor dem Druckbehälter für Trinkwasser geeignete Luftfilter und Entöler angeordnet sein, es sei denn, das Trinkwasser ist von der Druckluft durch eine Membrane getrennt.“

23. § 14.04 Nr. 5 wird wie folgt gefasst:

„5. An der Außenseite der Schränke muss der Hinweis „Flüssiggas“ und ein Symbol für „Feuer, offenes Licht und Rauchen verboten“ entsprechend Bild 2 der Anlage I mit einem Durchmesser von mindestens 10 cm angebracht sein.“

24. § 20.01 Nr. 5 Buchstabe d wird wie folgt gefasst:

„d) aus Kapitel 8:

§ 8.03 Nr. 3, für Seeschiffe ist es jedoch zulässig, wenn eine automatische Stoppvorrichtung vom Steuerstand aus außer Betrieb gesetzt werden kann; § 8.05 Nr. 13, § 8.06 Nr. 10, § 8.07 Nr. 1 und 2, § 8.08.

Einer Plombierung des Absperrorgans nach § 8.06 Nr. 10 ist ein Abschließen der Absperrorgane im Lenzsystem, über die das ölhaltige Wasser außenbords gepumpt werden kann, als gleichwertig anzusehen. Der oder die Schlüssel hierfür müssen an einem zentralen, entsprechend gekennzeichneten Ort aufbewahrt werden.

Ein Überwachungs- und Kontrollsystem für das Einleiten von Öl nach MARPOL 73/78 Regel 16 ist einer Plombierung des Absperrorgans nach § 8.06 Nr. 10 als gleichwertig anzusehen. Das Vorhandensein des Überwachungs- und Kontrollsystems ist durch ein internationales Zeugnis über die Verhütung der Meeresverschmutzung nach MARPOL 73/78 nachzuweisen.

Geht aus dem IOPP-Zeugnis nach Nummer 3 oder aus dem von einem Flaggenstaat ausgestellten nationalen Zeugnis nach Nummer 4 hervor, dass das Schiff mit Sammeltanks ausgerüstet ist, um das gesamte ölhaltige Bilgenwasser und Ölrückstände an Bord behalten zu können, ist § 8.07 Nr. 2 als erfüllt anzusehen.“

25. § 21.02 wird wie folgt gefasst:

„§ 21.02

Anwendung des Teils II

1. Für Sportfahrzeuge gelten:

a) aus Kapitel 3:

§§ 3.01, 3.02 Nr. 1 Buchstabe a, Nr. 2, § 3.03 Nr. 1 Buchstabe a, Nr. 6, § 3.04 Nr. 1;

b) Kapitel 5;

c) aus Kapitel 6:

§ 6.01 Nr. 1, § 6.08;

d) aus Kapitel 7:

§ 7.01 Nr. 1, 2, § 7.02, § 7.03 Nr. 1, 2, § 7.04 Nr. 1, § 7.05 Nr. 2,

§ 7.13, falls ein Radareinmannsteuerstand vorhanden ist;

e) aus Kapitel 8:

§ 8.01 Nr. 1, 2, § 8.02 Nr. 1, 2, § 8.03 Nr. 1, 3, § 8.04, § 8.05 Nr. 1 bis 10, 13, § 8.06 Nr. 1, 2, 5, 7, 10, § 8.07 Nr. 1, § 8.08;

f) aus Kapitel 9:

§ 9.01 Nr. 1 sinngemäß;

g) aus Kapitel 10:

§ 10.01 Nr. 2, 3, 5 bis 14, § 10.02 Nr. 1 Buchstaben a bis c, Nr. 2 Buchstaben a, e bis h, § 10.03 Nr. 1 Buchstaben a, b, d, wobei mindestens zwei Feuerlöscher an Bord vorhanden sein müssen; § 10.03 Nr. 2 bis 5, § 10.05;

h) Kapitel 13;

i) Kapitel 14.

2. Bei Sportfahrzeugen, die der Richtlinie 94/25/EG (Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Sportboote) unterliegen, erstrecken sich die Erstuntersuchung und die Nachuntersuchungen nur auf:
- a) § 6.08, falls ein Wendeanzeiger vorhanden ist;
 - b) § 7.01 Nr. 2, §§ 7.02, 7.03 Nr. 1 und § 7.13, falls ein Radareinmannsteuerstand vorhanden ist;
 - c) § 8.01 Nr. 2, § 8.02 Nr. 1, § 8.03 Nr. 3, § 8.05 Nr. 5, § 8.06 Nr. 2, § 8.08;
 - d) § 10.01 Nr. 2, 3, 6, 14, § 10.02 Nr. 1 Buchstabe b, c, Nr. 2 Buchstabe a, e bis h, § 10.03 Nr. 1 Buchstabe b, d, Nr. 2 bis 4, § 10.05;
 - e) Kapitel 13;
 - f) aus Kapitel 14:
 - aa) § 14.12;
 - bb) § 14.13, wobei die Abnahme nach Inbetriebnahme der Flüssiggasanlage nach Maßgabe der Anforderungen der Richtlinie 94/25/EG erfolgt und der Untersuchungskommission hierüber ein Abnahmebericht vorzulegen ist;
 - cc) §§ 14.14 und 14.15 mit der Maßgabe, dass die Flüssiggasanlage den Anforderungen der Richtlinie 94/25/EG entsprechen muss;
 - dd) Kapitel 14 vollständig, wenn die Flüssiggasanlage nach Inverkehrbringen des Sportfahrzeuges eingebaut wird.“

26. Die Tabelle in § 24.02 Nr. 2 wird wie folgt geändert:

- a) Nach der Angabe zu § 3.03 Nr. 5 2. Absatz wird die folgende Angabe eingefügt:

„Nr. 7	Vorschiffe	N.E.U.“.
--------	------------	----------
- b) Nach der Angabe zu § 8.05 Nr. 11 wird die folgende Angabe eingefügt:

„Nr. 13	Füllstandsüberwachung nicht nur für die Antriebsmaschinen sondern auch für die anderen, zum Fahrbetrieb notwendigen Motoren	N.E.U.“.
---------	---	----------
- c) Nach der Angabe zu § 11.12 wird folgende Angabe eingefügt:

„11.13	Lagerung brennbarer Flüssigkeiten	Spätestens 31. 12. 2012“.
--------	-----------------------------------	---------------------------
- d) Nach der Angabe zu § 12.02 Nr. 6 wird die folgende Angabe eingefügt:

„12.05	Trinkwasseranlagen	N.E.U., spätestens 31. 12. 2006“.
--------	--------------------	--------------------------------------
- e) Die Angabe „20.01“ wird wie folgt gefasst:

„20.01	§ 6.02 Nr. 1 und 2 § 7.01 Nr. 2, § 8.05 Nr. 13 und § 8.08	N.E.U., Die Vorschriften von § 7.01 Nr. 2, § 8.05 Nr. 13 und § 8.08 gelten nicht für Seeschiffe, die nicht für die Beförderung von Gütern nach dem ADNR bestimmt sind und deren Kiel vor dem 1. Oktober 1987 gelegt wurde.“
--------	--	--
- f) Die Angabe „20.02 Nr. 2“ wird gestrichen.

27. In der Anlage B, Muster 1 Nummer 47 (nur französische Fassung)
(nicht abgedruckt)





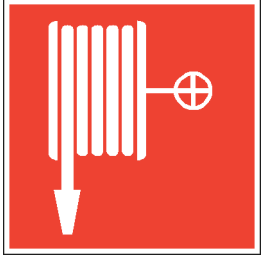
28. In der Anlage D, Muster 1 und 2 wird die Nummer 6.2 wie folgt gefasst:



„6.2 Ausrüstung des Schiffes nach § 23.09 Das Schiff erfüllt*)/erfüllt nicht*) § 23.09 Nr. 1.1*)/§ 23.09 Nr. 1.2*) Die Mindestbesatzung muss nach § 23.13 wie folgt erhöht*)/nicht erhöht*) werden:			
	Betriebsform		
	A ₁	A ₂	B
Matrose
Ersatz Matrose durch Matrosen-Motorwart
Bemerkungen und besondere Auflagen:			
.....			
.....			
.....“			

29. Anlage I lautet wie folgt:

„Rheinschiffsuntersuchungsordnung

Anlage I**Sicherheitszeichen**

<p>Bild 1 Zutritt für Unbefugte verboten</p>		<p>Farbe: rot/weiß/schwarz</p>
<p>Bild 2 Feuer, offenes Licht und Rauchen verboten</p>		<p>Farbe: rot/weiß/schwarz</p>
<p>Bild 3 Hinweis auf ein Feuerlöschgerät</p>		<p>Farbe: rot/weiß</p>
<p>Bild 4 Warnung vor allgemeiner Gefahr</p>		<p>Farbe: schwarz/gelb</p>
<p>Bild 5 Löschschlauch</p>		<p>Farbe: rot/weiß</p>

<p>Bild 6 Feuerlöscheinrichtung</p>		<p>Farbe: rot/weiß</p>
<p>Bild 7 Gehörschutz benutzen</p>		<p>Farbe: blau/weiß</p>

Die verwendeten Piktogramme können leicht variieren oder detaillierter sein als die Darstellungen in dieser Anlage, vorausgesetzt, dass die Bedeutung nicht verändert wird und keine Unterschiede und Anpassungen die Bedeutung unverständlich machen.“

30. In der Anlage J wird die Fußnote in der Überschrift zu Abschnitt 5.1 gestrichen.

**Verordnung
zur Änderung der Anlage 1
des Übereinkommens vom 1. September 1970
über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel
und über die besonderen Beförderungsmittel,
die für diese Beförderungen zu verwenden sind
(Vierte Verordnung zur Änderung des ATP-Übereinkommens)**

Vom 6. Mai 2003

Auf Grund des Artikels 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Änderung der Anlagen 1 und 3 des ATP-Übereinkommens vom 20. Juli 1988 (BGBl. 1988 II S. 630, 672) in Verbindung mit Artikel 56 des Zuständigkeitsanpassungs-Gesetzes vom 18. März 1975 (BGBl. I S. 705), dem Organisationserlass vom 27. Oktober 1998 (BGBl. I S. 3288) und dem Organisationserlass vom 22. Januar 2001 (BGBl. I S. 127) verordnet das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft:

Artikel 1

Die von den Vertragsparteien des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP) (BGBl. 1974 II S. 565), zuletzt geändert durch die Änderung der Anlage 1 (BGBl. 2002 II S. 1702), gemäß dessen Artikel 18 angenommenen Änderungen vom 7. Februar 2002 der Anlage 1 Anhang 1 werden in Kraft gesetzt. Die Änderungen werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Die nach der Verordnung vom 27. März 1996 zur Änderung der Anlagen 1 und 2 des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (BGBl. 1996 II S. 402), vorgenommene Veröffentlichung der Änderungen vom 29. September 1989 der Anlage 1 des ATP-Übereinkommens ist wie folgt zu berichtigen:

In der amtlichen deutschen Übersetzung ist unter Nummer 2 die Formel

$$„S = \sqrt{S_i \cdot S_e}“ \text{ zu ersetzen durch } „\theta_i = \frac{\sum S_{in} \cdot \theta_{in}}{\sum S_{in}} \dots \text{ } ^\circ\text{C} \dots \pm \text{K}“.$$

Artikel 3

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen kann den Wortlaut des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP), in der vom Inkrafttreten der Änderung der Anlage 1 des ATP vom 7. Februar 2002 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 4

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Änderungen vom 7. Februar 2002 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 6. Mai 2003

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Manfred Stolpe

Änderungen
der Anlage 1 Anhang 1 zum ATP

Amendments
to Annex 1, Appendix 1 to ATP

Amendements
à l'appendice 1 de l'annexe 1 de l'ATP

(Übersetzung)

1. Annex 1, appendix 1, paragraph 2 (a):

Read:

“(a) New equipment of a specific type serially produced may be approved by testing one unit of that type. If the unit tested fulfils the requirements prescribed for the class to which it is presumed to belong, the test report shall be regarded as a Type Approval Certificate. This certificate shall expire at the end of a period of six years beginning from the date of completion of the test.

The date of expiry of test reports shall be stated in months and years.”

2. Annex 1, appendix 1, paragraph 4 (c):

Read:

“(c) in the case of serially produced equipment, the technical specification of the equipment to be certified (this specification must cover the same items as the descriptive pages concerning the equipment which appear in the test report and must be drawn up in at least one of the three official languages).”

1. Annexe 1, appendice 1, paragraphe 2 a):

Lire comme suit:

«a) L'agrément des engins neufs construits en série d'après un type déterminé pourra intervenir par l'essai d'un engin de ce type. Si l'engin soumis à l'essai satisfait aux conditions prescrites pour la classe à laquelle il est présumé appartenir, le procès-verbal sera considéré comme un certificat d'agrément de type. Ce certificat cessera d'être valable au bout d'une période de six ans à compter de la date de fin d'essai.

La limite de validité des procès-verbaux sera mentionnée en mois et années.»

2. Annexe 1, appendice 1, paragraphe 4 c):

Lire comme suit:

«c) S'il s'agit d'un engin fabriqué en série, la fiche des spécifications techniques de l'engin pour lequel il y a lieu d'établir l'attestation; ces spécifications devront porter sur les mêmes éléments que les pages descriptives relatives à l'engin qui figurent dans le procès-verbal d'essai et devront être rédigées dans au moins une des trois langues officielles.»

1. Anlage 1 Anhang 1 Absatz 2 Buchstabe a lautet wie folgt:

„a) Neue Beförderungsmittel, die nach einem bestimmten Typ in Serie gebaut sind, können durch die Prüfung einer Einheit des Typs anerkannt werden. Wenn die geprüfte Einheit den für die angenommene Klasse der Einheit vorgesehenen Bedingungen entspricht, gilt der Prüfbericht als Anerkennung des Typs. Diese Anerkennung gilt für den Zeitraum von sechs Jahren, beginnend vom Abschluss der Prüfung.

Das Datum des Ablaufs des Prüfberichts soll in Monaten und Jahren angegeben sein.“

2. Anlage 1 Anhang 1 Absatz 4 Buchstabe c lautet wie folgt:

„c) im Fall von in Serie hergestellten Beförderungsmitteln, muss die technische Beschreibung des zugelassenen Beförderungsmittels die gleichen Angaben enthalten wie die Seiten des Prüfberichts, die das Beförderungsmittel betreffen, und sie muss in wenigstens einer der drei offiziellen Sprachen abgefasst sein.“

Verordnung
zur Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 36
über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung großer Fahrzeuge
zur Personenbeförderung hinsichtlich ihrer allgemeinen Konstruktionsmerkmale
(Verordnung zur Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 36)¹⁾

Vom 7. Mai 2003

Auf Grund des Artikels 2 Satz 1 des Gesetzes vom 20. Mai 1997 zur Revision des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1997 II S. 998), geändert durch Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 18. Juni 2002 (BGBl. 2002 II S. 1522), in Verbindung mit Artikel 56 des Zuständigkeitsanpassungs-Gesetzes vom 18. März 1975 (BGBl. I S. 705) und dem Organisationserlass vom 27. Oktober 1998 (BGBl. I S. 3288) verordnet das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden:

Artikel 1

Die nach Artikel 12 der Revision 2 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommene Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 36 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung großer Fahrzeuge zur Personenbeförderung hinsichtlich ihrer allgemeinen Konstruktionsmerkmale wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Wortlaut der Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 36 wird mit einer amtlichen deutschen Übersetzung als Anhang²⁾ zu dieser Verordnung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 28. April 2003 in Kraft.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 36 für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt. Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Berlin, den 7. Mai 2003

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Manfred Stolpe

¹⁾ Die Verpflichtungen aus der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. EG Nr. L 204 S. 37), zuletzt geändert durch die Richtlinie 98/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juli 1998 (ABl. EG Nr. L 217 S. 18), sind beachtet worden.

²⁾ Die Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 36 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Verordnung
zum Sitzstaatabkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Europäischen Organisation für die Nutzung
von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT)**

Vom 19. Mai 2003

Auf Grund des Artikels 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen (BGBl. 1954 II S. 639), der durch Artikel 4 Abs. 1 des Gesetzes vom 16. August 1980 (BGBl. 1980 II S. 941) neu gefasst worden ist, verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Das in Darmstadt am 18. Juni 2002 unterzeichnete Sitzstaatabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT) wird hiermit in Kraft gesetzt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Sitzstaatabkommen mit EUMETSAT nach seinem Artikel 15 Abs. 1 Satz 1 in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem das Sitzstaatabkommen mit EUMETSAT nach seinem Artikel 15 Abs. 2 außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens werden im Bundesgesetzblatt bekannt gemacht.

(4) Der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen wird ermächtigt, Änderungen des Plans gemäß Artikel 3 Abs. 3 Satz 1 des Sitzstaatabkommens im Bundesgesetzblatt bekannt zu machen.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 19. Mai 2003

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Manfred Stolpe

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Sitzstaatabkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Europäischen Organisation
für die Nutzung von meteorologischen Satelliten
(EUMETSAT)

Headquarters Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the European Organisation
for the Exploitation of Meteorological Satellites
(EUMETSAT)

Accord de siège
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et l'Organisation européenne pour
l'exploitation de satellites météorologiques
(EUMETSAT)

Die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
und
die Europäische Organisation
für die Nutzung von
meteorologischen Satelliten –

The Government
of the Federal Republic of Germany
and
the European Organisation
for the Exploitation of
Meteorological Satellites –

Le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne
et
l'Organisation européenne
pour l'exploitation de
satellites météorologiques,

gestützt auf das Übereinkommen vom 24. Mai 1983 zur Gründung einer Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT),

having regard to the Convention of 24 May 1983 on the Establishment of a European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites (EUMETSAT),

vu la Convention du 24 mai 1983 portant création d'une Organisation européenne pour l'exploitation de satellites météorologiques (EUMETSAT),

gestützt auf Artikel 19 des Protokolls vom 1. Dezember 1986 über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT),

having regard to Article 19 of the Protocol of 1 December 1986 on the Privileges and Immunities of the European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites (EUMETSAT),

vu l'article 19 du Protocole du 1^{er} décembre 1986 relatif aux privilèges et immunités de l'Organisation européenne pour l'exploitation de satellites météorologiques (EUMETSAT),

im Hinblick darauf, dass die Organisation gemäß dem Beschluss des Rates vom 19. Juni 1986 ihren Sitz in Darmstadt hat –

in consideration of the Organisation, in accordance with the decision of the Council of 19 June 1986, having its Headquarters in Darmstadt –

considérant que l'Organisation, conformément à la Résolution du Conseil en date du 19 juin 1986, a son siège à Darmstadt,

sind wie folgt übereingekommen:

have agreed as follows:

sont convenus de ce qui suit:

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

- a) „Übereinkommen“ bezeichnet das Übereinkommen vom 24. Mai 1983 über die Errichtung einer Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT), neu gefasst durch das am 19. November 2000 in Kraft getretene

Article 1
Definitions

In this Agreement:

- a) "Convention" means the Convention of 24 May 1983 on the Establishment of a European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites (EUMETSAT) as amended by the Amending Protocol, attached to Council Resolution EUM/C/Res. XXXVI of 4-5

Article 1
Définitions

Aux fins du présent Accord:

- a) le terme «Convention» désigne la Convention du 24 mai 1983 portant création d'une Organisation européenne pour l'exploitation de satellites météorologiques (EUMETSAT) telle qu'amendée par le Protocole amendement joint en annexe de la Résolution EUM/C/Rés.

Änderungsprotokoll, das der EntschlieÙung des Rates vom 4./5. Juni 1991 EUM/C/Res. XXXVI als Anlage beigefügt ist;

- b) „Protokoll“ bezeichnet das Protokoll vom 1. Dezember 1986 über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT);
- c) „Regierung“ bezeichnet die Regierung der Bundesrepublik Deutschland;
- d) „EUMETSAT“ bezeichnet die Europäische Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten;
- e) „deutsche Staatsangehörige“ bezeichnet Personen, die Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sind;
- f) „amtliche Tätigkeiten“ bezeichnet alle von der EUMETSAT zur Erreichung ihrer in Artikel 2 des Übereinkommens festgelegten Ziele ausgeübten Tätigkeiten einschließlich ihrer Verwaltungstätigkeit.

June 1991, which entered into force on 19 November 2000;

- b) “Protocol” means the Protocol of 1 December 1986 on the Privileges and Immunities of the European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites (EUMETSAT);
- c) “Government” means the Government of the Federal Republic of Germany;
- d) “EUMETSAT” means the European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites;
- e) “German nationals” means persons who are Germans in terms of the definition set forth in the Basic Law of the Federal Republic of Germany;
- f) “Official activities” means all activities carried out by EUMETSAT in pursuance of its objectives as defined in Article 2 of the Convention, including its administration activities.

XXXVI du Conseil des 4-5 juin 1991, qui est entrée en vigueur le 19 novembre 2000;

- b) le terme «Protocole» désigne le Protocole du 1^{er} décembre 1986 relatif aux privilèges et immunités de l'Organisation européenne pour l'exploitation de satellites météorologiques (EUMETSAT);
- c) le terme «Gouvernement» désigne le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne;
- d) le terme «EUMETSAT» désigne l'Organisation européenne pour l'exploitation de satellites météorologiques;
- e) l'expression «ressortissant allemand» désigne les personnes qui sont allemandes au sens défini par la Loi fondamentale pour la République fédérale d'Allemagne;
- f) l'expression «activités officielles» désigne toutes les activités menées par EUMETSAT pour atteindre ses objectifs tels qu'ils sont définis dans l'article 2 de la Convention, et comprend ses activités administratives.

Artikel 2

Sitz

Der Sitz der EUMETSAT ist Darmstadt.

Article 2

Headquarters

EUMETSAT has its Headquarters in Darmstadt.

Article 2

Siège

Le siège d'EUMETSAT est situé à Darmstadt.

Artikel 3

Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten

(1) Die Räumlichkeiten der EUMETSAT sind unverletzlich.

(2) Die Räumlichkeiten sind das Gebäude und Teile des Gebäudes, das von der EUMETSAT zur Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeiten genutzt wird.

(3) Die Lage der Räumlichkeiten ergibt sich aus dem diesem Abkommen beigefügten Plan. Änderungen dieses Plans können im Einvernehmen zwischen der Regierung und der EUMETSAT vorgenommen werden.

(4) Die Behörden der Bundesrepublik Deutschland dürfen die Räumlichkeiten nur mit Zustimmung des Generaldirektors der EUMETSAT betreten. Bei einem Feuer oder einem anderen Unglück, das sofortige Schutzmaßnahmen erfordert, gilt die Zustimmung als erteilt.

(5) Dieser Artikel schließt förmliche Zustellungen nicht aus.

Article 3

Inviolability of Premises

(1) The premises of EUMETSAT shall be inviolable.

(2) The premises shall be the building and parts of the building occupied by EUMETSAT for the performance of its official activities.

(3) The situation of the premises is shown in the plan attached to this Agreement. This plan may be modified by mutual agreement between the Government and EUMETSAT.

(4) The authorities of the Federal Republic of Germany may enter the premises only with the consent of the Director-General of EUMETSAT. In case of fire or any other disaster requiring prompt protective measures, such consent shall be assumed.

(5) This Article shall not preclude service of legal process.

Article 3

Inviolabilité des locaux

(1) Les locaux d'EUMETSAT sont inviolables.

(2) Les locaux comprennent le bâtiment et les parties du bâtiment utilisés par EUMETSAT dans l'exercice de ses activités officielles.

(3) La situation des locaux est indiquée sur le plan joint au présent Accord. Des modifications peuvent être apportées à ce plan d'un commun accord entre le Gouvernement et EUMETSAT.

(4) Les autorités de la République fédérale d'Allemagne ne sont autorisées à pénétrer dans les locaux qu'avec l'autorisation du Directeur général d'EUMETSAT. En cas d'incendie ou de toute autre catastrophe exigeant des mesures de protection immédiates, cette autorisation est présumée acquise.

(5) Rien dans cet article n'exclut la signification de pièces judiciaires.

Artikel 4

Haftung für Schäden

(1) Die EUMETSAT ist nach Maßgabe des innerstaatlichen deutschen Rechts und nach Maßgabe des Artikels 9 des Übereinkommens für die Rechtsverletzungen und Schäden haftbar, die auf ihre Tätigkeit in

Article 4

Liability for Damage

(1) In accordance with German national law and in accordance with Article 9 of the Convention, EUMETSAT shall be liable for any violations of law and any damage or injury arising from its activities in the

Article 4

Responsabilité en matière de dommages

(1) Conformément à la législation allemande et à l'article 9 de la Convention, EUMETSAT est responsable de tout préjudice ou dommage résultant de ses activités en République fédérale d'Allemagne.

der Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen sind.

(2) Die EUMETSAT haftet nach Maßgabe des innerstaatlichen deutschen Rechts in Bezug auf die in Artikel 3 genannten Räumlichkeiten für alle Risiken – auch gegenüber dem Eigentümer –, die üblicherweise vom Eigentümer getragen werden. Soweit Dritten Schäden entstehen, stellt die EUMETSAT den Eigentümer von Schadensersatzansprüchen frei.

Artikel 5

Haftpflichtversicherung

(1) Die EUMETSAT unterhält eine Versicherung, durch die ihre in Artikel 4 bezeichnete Haftung gedeckt wird. Diese Versicherung wird mit einer nach deutschem Recht zugelassenen Versicherungsgesellschaft abgeschlossen.

(2) Die Bestimmungen des Versicherungsvertrags werden nach Konsultation mit der Regierung festgelegt.

(3) Der Versicherungsvertrag hat vorzusehen, dass jede nicht zum Personal der EUMETSAT gehörende Person, die eine Rechtsverletzung oder einen Schaden erleidet, für welche die EUMETSAT haftbar ist, ihre Ansprüche unmittelbar gegen den Versicherer geltend machen kann.

Artikel 6

Befreiung von Steuern

(1) Direkte Steuern im Sinne des Artikels 5 Absatz 1 des Protokolls sind alle Steuern, die vom Bund, einem Land oder einer anderen Gebietskörperschaft direkt erhoben werden. Direkte Steuern sind insbesondere die

- a) Einkommensteuer (Körperschaftsteuer),
- b) Gewerbesteuer,
- c) Vermögensteuer,
- d) Grundsteuer.

(2) Die EUMETSAT ist aufgrund des Artikels 5 des Protokolls auch von der Grunderwerbsteuer befreit.

(3) Die für die EUMETSAT zugelassenen Kraftfahrzeuge werden auf Antrag von der Kraftfahrzeugsteuer befreit.

Artikel 7

Erstattung von Steuern

(1) In Anwendung des Artikels 5 Absatz 2 des Protokolls erstattet das Bundesamt für Finanzen aus dem Aufkommen der Umsatzsteuer auf Antrag die der EUMETSAT von anderen Unternehmern gesondert in Rechnung gestellte Umsatzsteuer für deren Lieferungen und sonstige Leistungen

Federal Republic of Germany.

(2) In accordance with German national law, EUMETSAT shall be liable for all risks – also towards the proprietor – in respect of the premises mentioned in Article 3, which are normally borne by the proprietor. EUMETSAT shall hold the proprietor free from any claims for compensation or damages arising from damage incurred by third parties.

Article 5

Liability Insurance

(1) EUMETSAT shall carry insurance sufficient to cover its liability under Article 4. Such insurance contract shall be concluded with an insurance company licensed under German law.

(2) The terms of the insurance contract shall be determined after consultation with the Government.

(3) The insurance contract shall provide that any person who is not EUMETSAT staff member and who suffers damage or injury, for which EUMETSAT is liable, shall be entitled to claim damages directly from the insurer.

Article 6

Exemption From Tax

(1) For the purpose of Article 5, paragraph 1, of the Protocol, "direct taxes" shall embrace all taxes levied directly by the Federal Government, by a "Land" or any other "Gebietskörperschaft" (regional or local authority). In particular, "direct taxes" shall include:

- a) "Einkommensteuer" ("Körperschaftsteuer") (income tax/corporation tax),
- b) "Gewerbesteuer" (trade tax),
- c) "Vermögensteuer" (property tax),
- d) "Grundsteuer" (land tax).

(2) On the basis of Article 5 of the Protocol, EUMETSAT shall also be exempt from "Grunderwerbsteuer" (land transfer duty).

(3) Vehicles registered in the name of EUMETSAT shall be exempt from "Kraftfahrzeugsteuer" (motor vehicle tax) on application.

Article 7

Refund of Taxes

(1) Pursuant to Article 5, paragraph 2, of the Protocol, the Federal Finance Office shall, upon request, refund to EUMETSAT out of revenue from turnover tax, turnover tax separately invoiced to EUMETSAT by other entrepreneurs in respect of supplies of goods and services performed by them,

(2) Conformément à la législation allemande, EUMETSAT est responsable, en ce qui concerne les locaux mentionnés à l'article 3, de tous les risques normalement supportés par le propriétaire, et ce également vis-à-vis de ce dernier. EUMETSAT garantit le propriétaire contre toute demande d'indemnisation au titre de tout dommage causé à un tiers.

Article 5

Assurance responsabilité

(1) EUMETSAT souscrit une assurance suffisante pour couvrir sa responsabilité en vertu de l'article 4. Le contrat d'assurance est souscrit auprès d'une compagnie d'assurance agréée conformément à la législation allemande.

(2) Les conditions du contrat d'assurance sont fixées après concertation avec le Gouvernement.

(3) Le contrat d'assurance prévoit que toute personne ne faisant pas partie du personnel d'EUMETSAT qui subit un préjudice ou un dommage dont EUMETSAT est responsable est en droit de demander des dommages et intérêts directement à l'assureur.

Article 6

Exonération d'impôts

(1) Aux fins de l'article 5, paragraphe 1 du Protocole, les impôts directs sont tous les impôts prélevés directement au niveau fédéral, par un «Land» ou par une autre «Gebietskörperschaft» (collectivité territoriale). Les impôts directs sont en particulier:

- a) «Einkommensteuer» (Körperschaftsteuer) (impôt sur le revenu/impôt sur les sociétés),
- b) «Gewerbesteuer» (impôt commercial),
- c) «Vermögensteuer» (impôt sur la fortune),
- d) «Grundsteuer» (impôt foncier).

(2) Aux termes de l'article 5 du Protocole, EUMETSAT est également exonérée de la «Grunderwerbsteuer» (impôt sur l'acquisition immobilière).

(3) Sur demande, les véhicules à moteur immatriculés pour EUMETSAT seront exonérés de la «Kraftfahrzeugsteuer» (impôt sur les véhicules à moteur).

Article 7

Remboursement d'impôts

(1) En application de l'article 5, paragraphe 2 du Protocole, l'Office fédéral des finances rembourse à EUMETSAT, sur demande, par prélèvement sur le produit de l'impôt sur le chiffre d'affaires, le montant de l'impôt qui lui a été facturé à part par d'autres chefs d'entreprise pour les

an die EUMETSAT, wenn diese Umsätze ausschließlich für die amtlichen Tätigkeiten der EUMETSAT bestimmt sind. Voraussetzung ist, dass der für diese Umsätze geschuldete Steuerbetrag im Einzelfall 26 Euro übersteigt und von der EUMETSAT an die Unternehmer bezahlt worden ist. Mindert sich der erstattete Steuerbetrag nachträglich, so unterrichtet die EUMETSAT das Bundesamt für Finanzen hiervon und zahlt den Minderungsbetrag zurück.

(2) In Anwendung des Artikels 5 Absatz 2 des Protokolls erstattet das Bundesamt für Finanzen auf Antrag der EUMETSAT ferner die im Preis enthaltene Mineralölsteuer für Benzin, Dieselkraftstoff und Heizöl, wenn der Steuerbetrag im Einzelfall 26 Euro übersteigt.

Artikel 8

Waren und Dienstleistungsverkehr

(1) Wird ein Gegenstand, den die EUMETSAT für ihre amtlichen Tätigkeiten erworben oder eingeführt hat und für dessen Erwerb oder Einfuhr ihr Entlastung von der Umsatzsteuer oder Einfuhrumsatzsteuer nach Artikel 5 Absatz 2 oder 3 des Protokolls gewährt worden ist, entgeltlich oder unentgeltlich abgegeben, vermietet oder übertragen, so ist der Teil der Umsatzsteuer oder Einfuhrumsatzsteuer, der dem Veräußerungspreis oder bei unentgeltlicher Abgabe oder Übertragung dem Zeitwert des Gegenstands entspricht, an das Bundesamt für Finanzen abzuführen. Der abzuführende Steuerbetrag kann aus Vereinfachungsgründen durch Anwendung des im Zeitpunkt der Abgabe oder Übertragung des Gegenstands geltenden Steuersatzes ermittelt werden.

(2) Die von der EUMETSAT unter den in Artikel 5 des Protokolls genannten Bedingungen zollfrei eingeführten Waren dürfen nur dann entgeltlich oder unentgeltlich abgegeben, vermietet oder übertragen werden, wenn die zuständige Zollstelle vorher unterrichtet und die entsprechenden Zölle bezahlt worden sind. Die zu entrichtenden Zölle werden auf der Grundlage des Zeitwerts dieser Waren berechnet.

(3) Erbringt die EUMETSAT über die Tätigkeit nach Absatz 1 hinaus Leistungen gegen Entgelt, so unterliegen diese nur insoweit der deutschen Umsatzsteuer, als sie im Rahmen eines Betriebs gewerblicher Art erbracht werden.

Artikel 9

Arbeitserlaubnis, Aufenthaltserlaubnis, Meldepflicht

Die Mitglieder des Personals der EUMETSAT sowie Sachverständige, die ihre Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland ausüben,

if such transactions are intended exclusively for the official activities of EUMETSAT. Such refund shall be made only if the amount of tax due for such transactions exceeds 26 euro in each individual case and has been paid by EUMETSAT to the entrepreneurs. If the amount of tax refunded is subsequently reduced, EUMETSAT shall notify the Federal Finance Office and repay the amount of the reduction.

(2) Pursuant to Article 5, paragraph 2, of the Protocol, the Federal Finance Office shall also, at the request of EUMETSAT, refund mineral oil tax included in prices, on petrol, diesel fuel and heating oil, if the amount of tax due exceeds 26 euro in each individual case.

Article 8

Goods and Services Transactions

(1) If an article purchased or imported by EUMETSAT for the exercise of its official activities in respect of which exemption from turnover tax or import turnover tax has been granted pursuant to Article 5, paragraph 2 or 3 of the Protocol, is disposed of, hired out or transferred either in return for payment or free of charge, the amount of the turnover tax or import turnover tax corresponding to the selling price or, in the case of disposal or transfer free of charge, the amount of such tax corresponding to the current value of the article, shall be paid to the Federal Finance Office. For the sake of simplicity, the amount of tax payable may be determined by applying the taxation rate applicable at the time of disposal or transfer of the article.

(2) Goods imported duty free by EUMETSAT under the conditions laid down in Article 5 of the Protocol may not be disposed of, hired out or transferred whether in return for payment or free of charge unless the appropriate customs authority has been notified beforehand and the relevant duties have been paid. The duties payable shall be calculated on the basis of the current value of the goods.

(3) Should EUMETSAT engage in transactions over and above the activities as defined in paragraph 1 in return for payment, then these transactions shall be subject to German turnover tax only in so far as they are performed within the scope of a business of a commercial nature (Betrieb gewerblicher Art).

Article 9

Work Permit, Residence Permit, Compulsory Registration

Staff members of EUMETSAT and experts exercising their functions in the Federal Republic of Germany,

marchandises qu'ils lui ont livrées et les autres prestations qu'ils lui ont fournies, à condition toutefois que ces transactions aient été effectuées exclusivement pour lui permettre d'exercer ses activités officielles. Le montant de l'impôt dû au titre de ces transactions doit être supérieur à 26 euros dans chaque cas et avoir été versé par EUMETSAT aux chefs d'entreprise concernés. Si le montant de l'impôt remboursé est réduit ultérieurement, EUMETSAT le notifie à l'Office fédéral des finances et rembourse la différence.

(2) En application de l'article 5, paragraphe 2 du Protocole, l'Office fédéral des finances rembourse également à EUMETSAT, à sa demande, le montant de l'impôt sur les huiles minérales inclus dans le prix, pour l'essence, le gazole et le fuel domestique, si ce montant dépasse 26 euros dans chaque cas.

Article 8

Transfert de biens et de services

(1) Si un objet acquis ou importé par EUMETSAT pour l'exercice de ses activités officielles en exonération de l'impôt sur le chiffre d'affaires ou de l'impôt sur le chiffre d'affaires à l'importation en vertu des dispositions de l'article 5, paragraphe 2 ou 3 du Protocole est cédé, loué ou transféré à titre gratuit ou onéreux, la partie de l'impôt sur le chiffre d'affaires ou de l'impôt sur le chiffre d'affaires à l'importation qui correspond au prix de vente ou, en cas de cession ou de transfert à titre gratuit, à la valeur actuelle de l'objet, doit être versée à l'Office fédéral des finances. Le montant de l'impôt à acquitter peut, pour simplifier, être calculé sur la base du taux de l'impôt en vigueur au moment de la cession ou du transfert de l'objet.

(2) Les produits qui sont importés par EUMETSAT en franchise aux conditions prévues à l'article 5 du Protocole ne peuvent être cédés, loués ou transférés, à titre onéreux ou gratuit, que si les autorités douanières compétentes en ont auparavant été informées et que les droits y afférents ont été acquittés. Les droits à acquitter sont calculés sur la base de la valeur actuelle de ces produits.

(3) Lorsqu'EUMETSAT effectue des transactions à titre onéreux pour des activités dépassant le cadre du paragraphe 1, lesdites transactions ne sont soumises à l'impôt sur le chiffre d'affaires que si elles sont effectuées dans le cadre d'une entreprise de nature commerciale (Betrieb gewerblicher Art).

Article 9

Permis de travail, permis de séjour, enregistrement obligatoire

Les membres du personnel d'EUMETSAT et les experts qui exercent leurs activités en République fédérale d'Allemagne,

- | | | |
|---|---|--|
| <p>a) benötigen keine Arbeiterlaubnis;</p> <p>b) benötigen keine Aufenthaltserlaubnis und unterliegen nicht den Vorschriften über die Meldepflicht für Ausländer, sofern sie den in Artikel 10 genannten Ausweis besitzen; das Gleiche gilt für die in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen.</p> | <p>a) shall not require a work permit;</p> <p>b) shall not require a residence permit and shall not be subject to the provisions governing aliens' registration provided that they hold the personal card referred to in Article 10; the same shall apply to members of their family forming part of their household.</p> | <p>a) sont dispensés de l'obligation de posséder un permis de travail;</p> <p>b) sont dispensés de l'obligation de posséder un permis de séjour et ne sont pas soumis aux dispositions relatives à l'enregistrement des étrangers à condition qu'ils possèdent la carte personnelle visée à l'article 10; il en va de même pour les membres de leur famille vivant à leur foyer.</p> |
|---|---|--|

Artikel 10
Mitteilung der
Personaleinstellungen, Ausweise

(1) Die EUMETSAT unterrichtet die Regierung über den Dienstantritt von Mitgliedern des Personals oder die Arbeitsaufnahme von Sachverständigen und deren Ausscheiden aus dem Dienst. Außerdem übermittelt die EUMETSAT der Regierung wenigstens einmal im Jahr eine Liste aller Mitglieder des Personals und der in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen sowie aller Sachverständigen. Sie gibt in jedem einzelnen Fall an, ob die betreffende Person deutscher Staatsangehöriger ist.

(2) Die Regierung stellt den Mitgliedern des Personals der EUMETSAT und den in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen einen Ausweis aus, in dem Familienname, Vorname, Geburtstag und -ort, Staatsangehörigkeit sowie Nummer des Reisepasses oder Personalausweises angegeben sind. Der Ausweis ist mit einem Lichtbild und der Unterschrift des Inhabers zu versehen. Dieser Ausweis dient nicht als Identitätsausweis. Bei Beendigung des Dienstverhältnisses gibt die EUMETSAT diesen Ausweis an die Regierung zurück.

Artikel 11
Deutsche Staatsangehörige
und Personen mit ständigem
Aufenthalt in der
Bundesrepublik Deutschland

Deutschen Staatsangehörigen und Personen, die ihren ständigen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben, stehen die in Artikel 9, Artikel 10 Buchstaben b, d, e, f und h, Artikel 11 sowie Artikel 13 Buchstaben c und d des Protokolls bezeichneten Vorrechte und Immunitäten nicht zu.

Artikel 12
Flagge und Emblem

Die EUMETSAT ist berechtigt, an ihren Räumlichkeiten und an den Fahrzeugen, die sie für ihre amtlichen Tätigkeiten benutzt, Flagge und Emblem zu zeigen.

Artikel 13
Beilegung von Streitigkeiten

Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens, die zwischen den Vertragsparteien nicht unmittelbar beigelegt wer-

Article 10
Notification of Appointments,
Personal Cards

(1) EUMETSAT shall inform the Government when a staff member or expert takes up or relinquishes his duties. Furthermore, it shall at least once every year send the Government a list of all staff members and family members forming part of their household as well as all experts of EUMETSAT. It shall in each case indicate whether or not the person concerned is a German national.

(2) The Government shall issue to the staff members of EUMETSAT and to family members forming part of their household a personal card bearing the surname, first name, date and place of birth, nationality and passport number or identity card number. The personal card shall bear the photograph and signature of the holder. This card shall not serve as proof of identity. When the person concerned relinquishes his duties, EUMETSAT shall return this card to the Government.

Article 11
German Nationals
and Permanent Residents
of the Federal Republic of Germany

German nationals and permanent residents of the Federal Republic of Germany shall not enjoy the privileges and immunities set forth in Articles 9, 10 items b, d, e, f and h, in 11 and 13 items c and d of the Protocol.

Article 12
Flag and Emblem

EUMETSAT shall be entitled to display its flag and emblem on its premises and vehicles used for its official activities.

Article 13
Settlement of Disputes

Any dispute arising in connection with the interpretation or application of this Agreement which cannot be settled directly between the Parties may be submitted

Article 10
Notification des nominations,
cartes personnelles

(1) EUMETSAT informera le Gouvernement de l'entrée en fonction des membres du personnel et des experts, ainsi que de la cessation de leurs fonctions. En outre, elle enverra au Gouvernement au moins une fois par an la liste de tous les membres du personnel et des membres de leur famille vivant à leur foyer ainsi que de tous les experts. Elle indiquera dans chaque cas s'il s'agit ou non d'un ressortissant allemand.

(2) Le Gouvernement délivrera aux membres du personnel d'EUMETSAT et aux membres de leur famille vivant à leur foyer une carte personnelle mentionnant leur nom de famille, leur prénom, leurs date et lieu de naissance, leur nationalité et le numéro de leur passeport ou de leur carte nationale d'identité. Cette carte devra comporter une photographie et la signature de son titulaire. Cette carte ne fait pas office de preuve d'identité. Lorsqu'une personne quitte ses fonctions, EUMETSAT restitue sa carte personnelle au Gouvernement.

Article 11
Ressortissants allemands
et personnes ayant leur
résidence habituelle en
République fédérale d'Allemagne

Les ressortissants allemands et les personnes ayant leur résidence habituelle en République fédérale d'Allemagne ne jouissent pas des privilèges et immunités indiqués à l'article 9, à l'article 10, alinéas b), d), e), f) et h), à l'article 11 ainsi qu'à l'article 13, alinéas c) et d) du Protocole.

Article 12
Drapeau et emblème

EUMETSAT est autorisée à arborer son drapeau et son emblème sur ses locaux, ainsi que sur les véhicules qu'elle utilise pour ses activités officielles.

Article 13
Règlement des différends

Tout différend résultant de l'interprétation ou de l'application du présent Accord qui ne peut être réglé à l'amiable par les Parties contractantes peut être soumis par

den können, können von jeder Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet werden. Artikel 15 des Übereinkommens findet Anwendung.

by either Party to an arbitration tribunal. Article 15 of the Convention shall apply.

l'une ou l'autre des Parties contractantes à un tribunal d'arbitrage selon la procédure prévue à l'article 15 de la Convention.

Artikel 14
Änderung

Auf Wunsch einer der Vertragsparteien finden Konsultationen über die Anwendung oder die Änderung dieses Abkommens statt.

Article 14
Modifications

At the request of either Party to the Agreement, consultations shall take place on the implementation or modification of this Agreement.

Article 14
Modification

A la demande de l'une ou l'autre des Parties contractantes, des consultations auront lieu quant à l'application ou à la modification du présent Accord.

Artikel 15
Inkrafttreten
und Geltungsdauer

Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem der Generaldirektor der EUMETSAT die Notifikation der Regierung der Bundesrepublik Deutschland erhält, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind. Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Sitzstaatabkommen vom 7. Juni 1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT) außer Kraft.

Dieses Sitzstaatabkommen gilt so lange, wie das Übereinkommen und das Protokoll für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft sind.

Article 15
Entry into Force
and Duration

This Agreement shall enter into force one month after the date on which the Director-General of EUMETSAT receives notification by the Government of the Federal Republic of Germany that the national requirements for the entry into force of this Agreement have been fulfilled. With the entry into force of this Agreement, the Headquarters Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites (EUMETSAT) of 7 June 1989 shall expire.

The present Headquarters Agreement shall apply for as long as the Convention and the Protocol remain in force in the Federal Republic of Germany.

Article 15
Entrée en
vigueur et validité

Le présent Accord entrera en vigueur un mois après la date de réception par le Directeur général d'EUMETSAT de la notification du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne confirmant que, sur le plan national, les conditions nécessaires à son entrée en vigueur sont remplies. L'Accord de siège entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et l'Organisation européenne pour l'exploitation de satellites météorologiques (EUMETSAT) du 7 juin 1989 expire avec l'entrée en vigueur du présent Accord.

Le présent Accord de siège sera valable tant que la Convention et le Protocole seront en vigueur en République fédérale d'Allemagne.

Geschehen zu Darmstadt am 18. Juni 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Done at Darmstadt on the 18 June 2002 in duplicate in the German, English and French languages, all three texts being equally authentic.

Fait à Darmstadt, le 18 juin 2002, en double exemplaire, en langues allemande, anglaise et française, les trois textes faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
Peter Ammon

Für die Europäische Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten
For the European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites
Pour l'Organisation européenne pour l'exploitation de satellites météorologiques
T. Mohr

Anlage zu Artikel 3 Absatz 3 des Sitzstaatabkommens
Annex to Article 3 (3) of the Headquarters Agreement
Annexe à l'article 3, paragraphe 3 de l'Accord de siège



**Bekanntmachung
der deutsch-chilenischen Vereinbarung
über den Status des Goethe-Instituts Inter Nationes in Santiago, Chile**

Vom 21. März 2003

Die in Santiago, Chile, durch Notenwechsel vom 18. März/2. Oktober 2002 geschlossene Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Chile über den Status des Goethe-Instituts Inter Nationes in Santiago, Chile, ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 2. Oktober 2002

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 21. März 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Santiago, den 18. März 2002

Frau Ministerin,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf Artikel VI und VII des Kulturabkommens vom 20. November 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile folgende Vereinbarung über den Status des Goethe Instituts Inter Nationes in Santiago, Chile, vorzuschlagen:

1. Auf das Goethe Institut Inter Nationes in Santiago, Chile, sind die Regelungen der Artikel VI und VII des Kulturabkommens vom 20. November 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile anwendbar. Für die entsandten Fachkräfte des Goethe Instituts Inter Nationes in Santiago, Chile, gelten weiterhin die im Rahmenabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Chile über Technische und Wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 15. März 1995 in Artikel 5 Absatz 1 und Artikel 6 Absatz 1 enthaltenen Befreiungen.
2. Das Goethe Institut Inter Nationes in Santiago, Chile, ist offiziell als deutsches Kulturinstitut in Chile tätig.
3. Das Goethe Institut Inter Nationes ist von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gemäß § 1 Absatz 1 des zwischen dem genannten Institut und der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen Rahmenvertrages mit der Durchführung bestimmter Aufgaben der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik beauftragt.

Das Grundstück sowie das Gebäude und die sich darin befindenden Gegenstände, die Eigentum der Bundesrepublik Deutschland sind und vom Goethe Institut Inter Nationes in Santiago, Chile, genutzt werden, sind diesem zur Wahrnehmung von Aufgaben der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik überlassen worden.

4. Gemäß Artikel VII des Kulturabkommens vom 20. November 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile gewährt die Republik Chile bei der Einfuhr der in Artikel III Nummern 8, 9 und 10 des genannten Abkommens aufgeführten Lehr-, Lern-, Anschauungs- und Forschungsmittel sowie für Ausstattungsgegenstände, die für das Goethe Institut Inter Nationes in Santiago, Chile, in die Republik Chile eingeführt werden, einschließlich technischer Geräte, Dienstfahrzeuge und Möbel, Befreiung von Zöllen und anderen bei der Einfuhr von Waren erhobenen Angaben.

5. Diese Vereinbarung wird in deutscher und spanischer Sprache abgeschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Republik Chile mit den unter Nummern 1 bis 5 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Ihrer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Frau Ministerin, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Georg Cs. Dick

Ihrer Exzellenz
der Ministerin für Auswärtige Beziehungen
der Republik Chile
Frau Soledad Alvear Valenzuela
Santiago

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls II in der Fassung von 1996
und des Protokolls IV zu dem VN-Waffenübereinkommen**

Vom 15. April 2003

I.

Das Protokoll über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung (Protokoll II in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung) – BGBl. 1997 II S. 806, 807 – zu dem Übereinkommen vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (BGBl. 1992 II S. 958; 1993 II S. 935), wird nach seinem Artikel 2 in Verbindung mit Artikel 8 Abs. 1 Buchstabe b und Artikel 5 Abs. 4 des Übereinkommens für den folgenden weiteren Staat in Kraft treten:

Slowenien am 3. Juni 2003.

II.

Das Protokoll vom 13. Oktober 1995 über blindmachende Laserwaffen (Protokoll IV) – BGBl. 1997 II S. 806, 827 – wird nach seinem Artikel 2 in Verbindung mit Artikel 5 Abs. 4 des Übereinkommens für folgenden weiteren Staat in Kraft treten:

Slowenien am 3. Juni 2003.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 31. Januar 2003 (BGBl. II S. 246).

Berlin, den 15. April 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt**

Vom 15. April 2003

Das Übereinkommen vom 23. November 1972 zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt (BGBl. 1977 II S. 213) ist nach seinem Artikel 33 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Botsuana	am	23. Februar 1999
Eritrea	am	24. Januar 2002
Grenada	am	13. November 1998
Kiribati	am	12. August 2000
Komoren	am	27. Dezember 2000
Korea, Demokratische Volksrepublik	am	21. Oktober 1998
Kuwait	am	6. September 2002
Marokko	am	28. Januar 1976
Marshallinseln	am	24. Juli 2002
Namibia	am	6. Juli 2000
Niue	am	23. April 2001
Palau	am	11. September 2002
Papua-Neuguinea	am	28. Oktober 1997
Ruanda	am	28. März 2001
Suriname	am	23. Januar 1998
Togo	am	15. Juli 1998
Vanuatu	am	13. September 2002
Vereinigte Arabische Emirate	am	11. August 2001.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 24. Juni 2002 (BGBl. II S. 1748).

Berlin, den 15. April 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Zusatzprotokolle
zu den vier Genfer Rotkreuz-Abkommen über den Schutz der Opfer
internationaler und nicht internationaler bewaffneter Konflikte
– Protokolle I und II –**

Vom 15. April 2003

I.

Das Zusatzprotokoll vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte – Protokoll I – (BGBl. 1990 II S. 1550, 1551; 1997 II S. 1366) wird nach seinem Artikel 95 Abs. 2 für

Tonga am 20. Juli 2003

in Kraft treten.

Tonga hat dem Schweizerischen Bundesrat als Verwahrer bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 12. Dezember 2002 notifiziert, dass es die Zuständigkeit der internationalen Ermittlungskommission nach Artikel 90 Abs. 2 des Protokolls I unter der Bedingung der Gegenseitigkeit anerkennt.

II.

Das Zusatzprotokoll vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte – Protokoll II – (BGBl. 1990 II S. 1550, 1637) wird nach seinem Artikel 23 Abs. 2 für

Kongo, Demokratische Republik am 12. Juni 2003

Mosambik am 12. Mai 2003

Tonga am 20. Juli 2003

in Kraft treten.

III.

Die Demokratische Republik Kongo hat dem Schweizerischen Bundesrat am 12. Dezember 2002 notifiziert, dass sie die Zuständigkeit der internationalen Ermittlungskommission nach Artikel 90 Abs. 2 des Protokolls I unter der Bedingung der Gegenseitigkeit anerkennt.

IV.

Argentinien hat dem Schweizerischen Bundesrat am 11. Dezember 2002 mit nachfolgender Erklärung seinen Einspruch gegen die Erstreckung der Anwendung der Zusatzprotokolle I und II durch das Vereinigte Königreich auf die Falklandinseln (Malwinen), Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln (vgl. die Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 – BGBl. II S. 334) notifiziert:

(Übersetzung)

«La República Argentina rechaza la pretensión británica de extender la aplicación de los mencionados Protocolos a las Islas Malvinas, Georgias del Sur y Sandwich del Sur y de aceptar la competencia de la Comisión Internacional de Encuesta del Protocolo I respecto de dichos territorios.

Los Protocolos Adicionales a las Convenciones del 12 de agosto de 1949, adoptados en Ginebra el 8 de junio de 1977 se aplican a las Islas Malvinas, Georgias del Sur y Sandwich del Sur por ser parte integrante del territorio de la República Argen-

„Die Argentinische Republik lehnt die britische Forderung ab, die Anwendung der genannten Protokolle auf die Malwinen, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln zu erstrecken sowie die Zuständigkeit der internationalen Ermittlungskommission nach Protokoll I im Hinblick auf die genannten Hoheitsgebiete anzuerkennen.

Die am 8. Juni 1977 in Genf angenommenen Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 finden aufgrund der Ratifikation der genannten Protokolle durch die argentinische Regierung am 26. November 1996 und der Aner-

tina, en virtud de la ratificación de dichos Protocolos por el Gobierno argentino el 26 de noviembre de 1996 y la aceptación de la competencia de la Comisión Internacional de Encuesta presentada el 11 de octubre de 1996.

En relación con la cuestión de las Islas Malvinas, la Asamblea General de las Naciones Unidas ha adoptado las Resoluciones 2065 (XX), 3160 (XXVIII), 31/49, 37/9, 38/12, 39/6, 40/21, 41/40, 42/19 y 43/25, en las que se reconoce la existencia de una disputa de soberanía y pide a la República Argentina y al Reino Unido que reinicien negociaciones con miras a encontrar una solución pacífica y definitiva a la disputa, con la interposición de los buenos oficios del Secretario General de las Naciones Unidas, quien debe informar a la Asamblea General acerca de los progresos realizados.

La República Argentina reafirma sus derechos de soberanía sobre las Islas Malvinas, Georgias del Sur y Sandwich del Sur y los espacios marítimos circundantes.»

kennung der Zuständigkeit der internationalen Ermittlungskommission am 11. Oktober 1996 auf die Malwinen, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln Anwendung, da diese Bestandteile des Hoheitsgebiets der Argentinischen Republik sind.

Zur Frage der Malwinen hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolutionen 2065 (XX), 3160 (XXVIII), 31/49, 37/9, 38/12, 39/6, 40/21, 41/40, 42/19 und 43/25 angenommen, in denen zur Kenntnis genommen wird, dass eine Streitigkeit hinsichtlich der Souveränität besteht, und in denen die Argentinische Republik und das Vereinigte Königreich um die Wiederaufnahme von Verhandlungen ersucht werden, um unter Inanspruchnahme der guten Dienste des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu einer endgültigen Beilegung der Streitigkeit auf friedlichem Wege zu gelangen; der Generalsekretär hat der Generalversammlung über die erzielten Fortschritte zu berichten.

Die Argentinische Republik bekräftigt ihre Hoheitsrechte über die Malwinen, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln sowie den sie jeweils umgebenden Meeresraum.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (BGBl. II S. 334).

Berlin, den 15. April 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
des deutsch-albanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 16. April 2003

Das in Tirana am 11. Dezember 2002 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien über Finanzielle Zusammenarbeit (Jahr 1999) ist nach seinem Artikel 5

am 11. März 2003

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 16. April 2003

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Ursula Schäfer-Preuss

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien über Finanzielle Zusammenarbeit (Jahr 1999)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Albanien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Albanien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Albanien beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Albanien oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Elektrizitätsversorgung Südalbanien“ ein Darlehen von bis zu insgesamt 2 556 459,41 EUR (in Worten: zwei Millionen fünfhundertsechsfünfundzigtausendvierhundertneun- undfünfzig 41/100 Euro, nachrichtlich: 5 000 000,- DM) zu erhalten. Der Betrag wird als Ergänzung des in Artikel 1 Absatz 1 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien über Finanzielle Zusammenarbeit (Elektrizitätsversorgung Südalbanien) vom 7. Dezember 1999 bewilligten Betrags zur Verfügung gestellt. Die Förderungswürdigkeit dieses Gesamtvorhabens ist gegeben.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Albanien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur

Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern des Darlehens zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage des in Artikel 1 genannten Betrags entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehensverträge geschlossen wurden. Für diesen Betrag endet die Frist am 31. Dezember 2007.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Albanien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Albanien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Albanien überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Republik Albanien der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Tirana am 11. Dezember 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher und albanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Helmuth Schröder

Für die Regierung der Republik Albanien
Arben Malaj

**Bekanntmachung
des deutsch-albanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 16. April 2003

Das in Tirana am 11. Dezember 2002 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien über Finanzielle Zusammenarbeit („Wasserver- und Abwasserentsorgung Mittelalbanien – Komponenten Berat und Kucova“ – Jahr 2000) ist nach seinem Artikel 5

am 11. März 2003

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 16. April 2003

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Ursula Schäfer-Preuss

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Albanien
über Finanzielle Zusammenarbeit**

(„Wasserver- und Abwasserentsorgung Mittelalbanien
– Komponenten Berat und Kucova“ – Jahr 2000)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Albanien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Albanien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Albanien beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Regierungsverhandlungen vom 23. Juni 2000 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Albanien von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, ein Darlehen von bis zu 6 646 794,46 EUR (in Worten: sechs Millionen sechshundert-

sechszwanzigtausendsiebenhundertvierundneunzig 46/100 Euro) für das Vorhaben „Wasserver- und Abwasserentsorgung Mittelalbanien – Komponenten Berat und Kucova“ zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit des Vorhabens festgestellt worden ist.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Albanien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(4) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Absatz 3 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern des Darlehens sowie des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt. Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrags entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Darlehensvertrag geschlossen wurde. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2008.

(2) Die Regierung der Republik Albanien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund des nach Absatz 1 zu schließenden Vertrags garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Albanien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffent-

lichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in Albanien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Albanien überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Republik Albanien der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Tirana am 11. Dezember 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher und albanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Helmuth Schröder

Für die Regierung der Republik Albanien
Arben Malaj

Bekanntmachung des deutsch-albanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 16. April 2003

Das in Tirana am 11. Dezember 2002 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien über Finanzielle Zusammenarbeit (Jahr 2001) ist nach seinem Artikel 5

am 11. März 2003

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 16. April 2003

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Ursula Schäfer-Preuss

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien über Finanzielle Zusammenarbeit (Jahr 2001)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Albanien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Albanien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Albanien beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der deutsch-albanischen Regierungsverhandlungen vom 5. Dezember 2001 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Albanien und anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, ein Darlehen von bis zu insgesamt 6 646 794,46 EUR (in Worten: sechs Millionen sechshundertsechszwanzigtausendsiebenhundertvierundneunzig 46/100 Euro) für das Vorhaben „Wasserver- und -entsorgung Korca II“ zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit des Vorhabens festgestellt worden ist.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Albanien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur

Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern des Darlehens zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt. Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Darlehensvertrag geschlossen wurde. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2009.

(2) Die Regierung der Republik Albanien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund des nach Absatz 1 zu schließenden Vertrages garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Albanien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrages in Albanien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Albanien überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Republik Albanien der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Tirana am 11. Dezember 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher und albanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Helmuth Schröder

Für die Regierung der Republik Albanien
Arben Malaj

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit**

Vom 17. April 2003

Das Europäische Übereinkommen vom 21. April 1961 über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit (BGBl. 1964 II S. 425) wird nach seinem Artikel X Abs. 8 für

Lettland am 18. Juni 2003
nach Maßgabe der nachfolgend abgedruckten, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 20. März 2003 abgegebenen Erklärung

in Kraft treten:

(Übersetzung)

“In accordance with article II, paragraph 2, of the European Convention on International Commercial Arbitration, the Republic of Latvia declares that article II, paragraph 1, does not apply for state authorities and local government authorities.”

„Nach Artikel II Absatz 2 des Europäischen Übereinkommens über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit erklärt die Republik Lettland, dass Artikel II Absatz 1 nicht für staatliche Behörden oder Behörden der Kommunalverwaltung gilt.“

Lettland hat ferner nach Artikel X Abs. 6 des Übereinkommens die nachfolgende Institution zur Erfüllung der Aufgaben nach Artikel IV des Übereinkommens benannt:

Latvian Chamber of Commerce and Industry
[Lettische Industrie- und Handelskammer]
Anschrift: K. Valdemara Street 35
Riga, LV-1010, Lettland
Telefon: +371 7 225 595
Fax: +371 7 820 092
E-Mail: info@chamber.lv.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. Juni 2002 (BGBl. II S. 1696).

Berlin, den 17. April 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
gemäß Artikel 49 Abs. 3 sowie über die Berichtigung
des deutsch-schweizerischen Polizeivertrages**

Vom 17. April 2003

Gemäß Artikel 49 Abs. 3 des deutsch-schweizerischen Polizeivertrages vom 27. April 1999 (BGBl. 2001 II S. 946, 948; 2002 II S. 608) wird bekannt gemacht, dass das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten durch Verbalnote vom 10. September 2002 eine Änderung in der Bezeichnung einer in dem Vertrag genannten Behörde notifiziert hat.

Die in Bern durch Notenwechsel vom 17. Januar 2003 geschlossene Vereinbarung zur Berichtigung des Vertrages ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 17. Januar 2003

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 17. April 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bern, den 17. Januar 2003

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, den Eingang der Verbalnote Nr. P.243.131 – DEUTS des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten vom 10. September 2002 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland mit Bezug auf den Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die grenzüberschreitende polizeiliche und justitielle Zusammenarbeit (schweizerisch-deutscher Polizeivertrag) vom 27. April 1999 Folgendes mitzuteilen.

- Gemäß Artikel 49 Absatz 1 des Vertrages teilt das Departement der Botschaft mit, dass die Bezeichnung des in den Artikeln 4, Absatz 8, 5 Absatz 1, 6 Absätze 1 und 2 sowie 8 Absätze 1 und 2 genannten Bundesamtes für Polizeiwesen neu „Bundesamt für Polizei“ lautet.
- Im ersten Satz von Artikel 45 des Vertrags wird irrtümlicherweise auf Artikel 23 statt 24 Bezug genommen. Der genannte Satz sollte richtig lauten:
„Jeder Vertragsstaat trägt die seinen Behörden aus der Anwendung dieses Vertrages entstehenden Kosten selbst, soweit diese Kosten nicht aufgrund von Maßnahmen nach Artikel 24 entstehen.“

Das Departement beehrt sich vorzuschlagen, dass, wenn die Bundesrepublik Deutschland mit dieser Korrektur einverstanden ist, die vorliegende Note und die deutsche Antwortnote eine Vereinbarung zur entsprechenden Änderung des Artikels 45 darstellen sollen, welche mit dem Datum der deutschen Note in Kraft tritt.

Das Departement benützt diesen Anlass, um die Botschaft seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.“

Die Botschaft beehrt sich, dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten mitzuteilen, dass die Bundesrepublik Deutschland mit dem Vorschlag einverstanden ist. Demgemäß bilden die Verbalnote des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten vom 10. September 2002 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zur Berichtigung von Artikel 45 Satz 1 des Vertrages vom 27. April 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die grenzüberschreitende polizeiliche und justitielle Zusammenarbeit (deutsch-schweizerischer Polizeivertrag), die mit dem Datum dieser Verbalnote in Kraft tritt.

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland wird die gemäß Artikel 49 Absatz 1 des vorgenannten Vertrags mitgeteilte Änderung gemäß Artikel 49 Absatz 3 amtlich veröffentlichen.

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlass, das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An das
Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten
Bundeshaus West
3003 Bern

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-slowenischen Abkommens
über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung
von Straftaten mit erheblicher Bedeutung**

Vom 24. April 2003

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Organisierte Kriminalität (OK)-Zusammenarbeitsgesetzes vom 28. November 2002 (BGBl. 2002 II S. 2810, 2817) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen vom 2. März 2001 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Slowenien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung nach seinem Artikel 10 Abs. 1

am 29. März 2003

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 24. April 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
von Änderungen der Ausführungsordnung
zum Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung
gewerblicher Muster und Modelle**

Vom 2. Mai 2003

Die Versammlung des Haager Verbandes über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle hat am 3. Oktober 2001 Änderungen der Ausführungsordnung zu den in London am 2. Juni 1934 und in Den Haag am 28. November 1960 revidierten Fassungen des Haager Abkommens vom 6. November 1925 über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle (RGBl. 1937 II S. 583, 617; BGBl. 1962 II S. 774, 790) und Änderungen der Gebührentabelle, die nach Regel 28 Bestandteil der Ausführungsordnung ist, beschlossen. Die Änderungen werden auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 8. Juni 1962 über die in Den Haag am 28. November 1960 unterzeichnete Fassung des Haager Abkommens vom 6. November 1925 über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle (BGBl. 1962 II S. 774) nachstehend bekannt gemacht; sie sind am 1. Januar 2002 in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 3. Juni 1998 (BGBl. II S. 1963).

Berlin, den 2. Mai 2003

Bundesministerium der Justiz
Im Auftrag
Dr. Hucko

Änderungen
der Ausführungsordnung zum Haager Abkommen
über die internationale Hinterlegung
gewerblicher Muster und Modelle
vom 3. Oktober 2001

Amendments
of the Regulations Under the Hague Agreement
Concerning the International Deposit
of Industrial Designs
of October 3, 2001

Modifications
du règlement d'exécution
de l'Arrangement de La Haye
concernant le dépôt international
des dessins et modèles industriels
du 3 octobre 2001

(Übersetzung)

Rule 12	Règle 12	Regel 12
Reproduction, Samples and Models of the Designs or Articles	Reproduction, exemplaires ou maquettes des dessins et modèles ou des objets	Wiedergabe der Muster, Modelle oder Gegenstände in natürlicher Größe oder in anderem Maßstab
<p>12.1 Reproduction, Samples and Models</p> <p>[...]</p> <p>(b) In the case of international deposits which are governed exclusively or partly by the 1960 Act, the application shall be accompanied, for each design or for each article in which it is intended to incorporate the designs, by one photograph or other graphic representation, in color if the depositor requests publication in color or, failing that, in black and white, presented in accordance with the provisions of the Administrative Instructions. Additionally, the application may be accompanied by samples or models of the article or articles. The maximum and minimum dimensions of the representation of each design or article shown in the photographs or other graphic representations accompanying the application shall be laid down in the Administrative Instructions.</p> <p>[...]</p> <p>(d) The same article may be represented from different angles, provided that each representation of the article viewed from a different angle is shown on a separate photograph or graphic representation.</p> <p>[...]</p>	<p>12.1 Reproduction, exemplaires ou maquettes</p> <p>[...]</p> <p>b) Pour tout dépôt international qui relève exclusivement ou partiellement de l'Acte de 1960, une photographie ou autre représentation graphique, en couleur si le déposant demande la publication en couleur ou, à défaut, en noir et blanc, présentée conformément aux dispositions des Instructions administratives, doit être jointe à la demande pour chaque dessin ou modèle ou pour chaque objet auquel les dessins et modèles sont destinés à être incorporés. En outre, des exemplaires ou maquettes du ou des objets peuvent être joints à la demande. Les dimensions maximales et minimales de la représentation de chaque dessin ou modèle ou de chaque objet figurant sur les photographies ou autres représentations graphiques jointes à la demande sont fixées par les Instructions administratives.</p> <p>[...]</p> <p>d) Le même objet peut être représenté sous plusieurs angles, pourvu que chaque représentation de l'objet sous un angle différent figure sur une photographie ou représentation graphique distincte.</p> <p>[...]</p>	<p>12.1 Wiedergabe in natürlicher Größe oder in anderem Maßstab</p> <p>[...]</p> <p>b) Für jede internationale Hinterlegung, die ausschließlich oder teilweise dem Abkommen in der Fassung von 1960 unterliegt, sind dem Gesuch für jedes Muster oder jedes Modell oder für jeden Gegenstand, in dem das Muster oder Modell verkörpert werden soll, ein Lichtbild oder eine andere graphische Darstellung in Farbe, wenn der Hinterleger die Veröffentlichung in Farbe beantragt, oder andernfalls in Schwarz-Weiß nach Maßgabe der Verwaltungsrichtlinien beizufügen. Darüber hinaus können die Gegenstände des Musters oder Modells in natürlicher Größe oder in anderem Maßstab dem Gesuch beigefügt werden. Die Höchst- und Mindestdimensionen der Wiedergabe jedes Musters oder jedes Modells oder Gegenstands, der auf den dem Gesuch beigefügten Lichtbildern oder anderen graphischen Darstellungen dargestellt wird, sind in den Verwaltungsrichtlinien festgelegt.</p> <p>[...]</p> <p>d) Derselbe Gegenstand darf aus verschiedenen Blickwinkeln wiedergegeben werden, sofern sich jede Wiedergabe des Gegenstands unter verschiedenen Blickwinkeln auf einem gesonderten Lichtbild oder einer gesonderten graphischen Darstellung befindet.</p> <p>[...]</p>

Änderungen
der Gebührentabelle
vom 3. Oktober 2001

Amendments
to the Schedule of Fees
of October 3, 2001

Modifications
du Barème des taxes
du 3 octobre 2001

(Übersetzung)

	Amounts (Swiss francs)		Montants (francs suisses)		Betrag in Schweizer Franken
I. Fees payable if the deposit is governed exclusively or partly by the 1960 Act (deposits published under the 1960 Act)		I. Taxes dues si le dépôt relève exclusivement ou partiellement de l'Acte de 1960 (dépôts publiés selon l'Acte de 1960)		I. Gebühren, wenn die Hinterlegung ausschließlich oder teilweise dem Abkommen in der Fassung von 1960 unterliegt (Hinterlegungen nach dem Abkommen von 1960)	
1. International deposit fee		1. Taxe internationale de dépôt		1. Internationale Hinterlegungsgebühr	
(Rule 13.2(a)(i))		(règle 13.2.a)i)		(Regel 13.2.a)i)	
1.1 For 1 design	397	1.1 Pour 1 dessin ou modèle	397	1.1 Für 1 Muster oder Modell	397
1.2 For each additional design included in the same deposit	19	1.2 Pour chaque dessin ou modèle supplémentaire compris dans le même dépôt	19	1.2 Für jedes weitere Muster oder Modell, das in derselben Hinterlegung enthalten ist	19
2. International publication fee		2. Taxe de publication internationale		2. Internationale Veröffentlichungsgebühr	
(Rule 13.2(a)(ii))		(règle 13.2.a)ii)		(Regel 13.2.a)ii)	
2.1 For each reproduction to be published in black and white	12	2.1 Pour chaque reproduction à publier en noir et blanc	12	2.1 Für jede in Schwarz-Weiß zu veröffentlichende Wiedergabe	12
2.2 For each reproduction to be published in color	75	2.2 Pour chaque reproduction à publier en couleur	75	2.2 Für jede in Farbe zu veröffentlichende Wiedergabe	75
2.3 For each page, in addition to the first, on which one or more reproductions are shown	150	2.3 Pour chaque page, en sus de la première, sur laquelle sont présentées une ou plusieurs reproductions	150	2.3 Für jede weitere Seite zusätzlich zur ersten, auf der sich eine oder mehrere Wiedergaben befinden	150
[...]		[...]		[...]	

**Bekanntmachung
des deutsch-mosambikanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 6. Mai 2003

Das in Maputo am 17. März 2003 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mosambik über Finanzielle Zusammenarbeit (Jahr 2001) ist nach seinem Artikel 6

am 17. März 2003

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 6. Mai 2003

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Michael Hofmann

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Mosambik
über Finanzielle Zusammenarbeit (Jahr 2001)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Mosambik –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mosambik,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Mosambik beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der deutsch-mosambikanischen Regierungsverhandlungen vom 23. November 2001 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Mosambik, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, Finanzierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 27 609 761,58 EUR (in Worten: siebenundzwanzig Millionen sechshundertneuntausendsiebenhunderteinundsechzig Euro und achtundfünfzig Cent) zu erhalten für die Vorhaben

a) „Beteiligung am Erziehungssektor-Strategieprogramm – ESSP“ bis zu 2 045 167,52 EUR (in Worten: zwei Millionen fünfundvierzigtausendeinhundertsiebenundsechzig Euro und zweiundfünfzig Cent),

b) „Parallelförderung zum ESSP – Schulgebäude und Ausstattung“ bis zu 8 027 282,53 EUR (in Worten: acht Millionen siebenundzwanzigtausendzweihundertzweiundachtzig Euro und dreiundfünfzig Cent),

c) „Straßenbau- und -unterhaltungsprogramm Sofala“ bis zu 11 248 421,39 EUR (in Worten: elf Millionen zweihundertachtundvierzigtausendvierhunderteinundzwanzig Euro und neununddreißig Cent),

d) „Ländliche Elektrifizierung Marromeu“ bis zu 4 448 239,37 EUR (in Worten: vier Millionen vierhundertachtundvierzigtausendzweihundertneununddreißig Euro und siebenunddreißig Cent),

e) „Refinanzierungsfonds für Mikrofinanzinstitutionen (GAPI)“ bis zu 1 329 358,89 EUR (in Worten: eine Million dreihundertneunundzwanzigtausenddreihundertachtundfünfzig Euro und neunundachtzig Cent),

f) „Kapitalerhöhung bei der Mikrofinanzinstitution SOCREMO“ bis zu 511 291,88 EUR (in Worten: fünfhundertelftausendzweihunderteinundneunzig Euro und achtundachtzig Cent),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit der Vorhaben festgestellt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mosambik durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Mosambik zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mBH. – Druck: DMB Bundesdruckerei GmbH & Co. KG

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mBH., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08-0, Telefax: (02 28) 3 82 08-36

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2003 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mBH. (Kto.Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe ohne Anlageband: 5,10 € (4,20 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,70 €.

Preis des Anlagebandes: 6,65 € (5,60 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 7,25 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mBH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben a bis f genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2009.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Mosambik übernimmt sämtliche Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben, die im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Abwicklung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Mosambik erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Mosambik überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, die die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die nach den Protokollen der deutsch-mosambikanischen Regierungsverhandlungen vom 19. August 1994 und vom 8. Juli 1999 für das Vorhaben „Wasserversorgung Quelimane“ vorgese-

henen Finanzierungsbeiträge in Höhe von umgerechnet insgesamt 6646 794,46 EUR (in Worten: sechs Millionen sechshundertsechszwanzigtausendsiebenhundertvierundneunzig Euro und sechszwanzig Cent; nachrichtlich insgesamt 13 000 000,- DM) werden reprogrammiert

- a) für einen zusätzlichen Beitrag zugunsten des in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe e genannten Vorhabens „Refinanzierungsfonds für Mikrofinanzinstitutionen (GAPI)“ bis zu 1 227 100,51 EUR (in Worten: eine Million zweihundertsiebenundzwanzigtausendeinhundert Euro und einundfünfzig Cent) sowie zur Deckung zusätzlichen Finanzierungsbedarfs bei den laufenden Vorhaben
- b) „Studien- und Expertenfonds IX“ bis zu 1 022 583,76 EUR (in Worten: eine Million zweiundzwanzigtausendfünfhundertdreiundachtzig Euro und sechsundsiebzig Cent);
- c) „Elektrifizierung des Hafens Matola“ in Ergänzung des Vorhabens „Elektrifizierung des Hafens Maputo“ bis zu 1 073 712,95 EUR (in Worten: eine Million dreiundsiebzigtausendsiebenhundertzwölf Euro und fünfundneunzig Cent);
- d) „Feasibility-Studie zur Erschließung des Wasserkraftpotentials des Sambesi“ bis zu 1 022 583,76 EUR (in Worten: eine Million zweiundzwanzigtausendfünfhundertdreiundachtzig Euro und sechsundsiebzig Cent);
- e) „Rehabilitierung von Schaltanlagen in drei Städten“ bis zu 2 300 813,47 EUR (in Worten: zwei Millionen dreihunderttausendachthundertdreizehn Euro und siebenundvierzig Cent), wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Maßnahmen festgestellt worden ist. Im Übrigen gelten die in den Artikeln 1 bis 4 festgehaltenen Bestimmungen auch für diese Vorhaben.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Maputo am 17. März 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Ulf-D. Klemm

Für die Regierung der Republik Mosambik
Frances Rodrigues